

**119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-  
Württemberg am 13.7.2019 in Heilbronn**

# **ANTRAGSBUCH**

**Freie  
Demokraten**

Landesverband  
Baden-Württemberg **FDP**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Anträge</b>	
<b>001</b>	<b>Ende-zu-Ende Verschlüsselung von Messengerdiensten darf nicht aufgehoben werden</b> FDP Stadt- und Kreisverband Heilbronn
<b>002</b>	<b>Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzelle als alternative Antriebsart und Energiequelle betonen</b> FDP Stadt- und Kreisverband Heilbronn
<b>003</b>	<b>Kunststoffverpackungen (Plastik) verbieten</b> Kreisvorstand Ortenau
<b>004</b>	<b>Ärztliche Versorgungsstellen</b> Bezirksverband Südbaden
<b>005</b>	<b>Vielfältig, offen und liberal – Umsetzung der Zielvorgaben in der baden-württembergischen FDP ohne Quote!</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>006</b>	<b>Lust auf Landleben - Ideen für einen lebenswerten ländlichen Raum</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>007</b>	<b>Klare Kante gegen Linksextremismus</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>008</b>	<b>Keine Haushaltsmittel für die Deutsche Umwelthilfe!</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>009</b>	<b>Ökobilanz - aber richtig!</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>010</b>	<b>Unfreiwilliges Passivrauchen für Kinder in Autos unterbinden!</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>011</b>	<b>Rettet die Leseratten!</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>012</b>	<b>Kinder früher fördern – verpflichtender Orientierungsplan!</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>013</b>	<b>Versorgung im ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Bereich</b> Junge Liberale Baden-Württemberg
<b>014</b>	<b>Rettet die Memes - Urheberrechtsrichtlinie filtern</b> Junge Liberale Baden-Württemberg

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 3

<b>015</b>	<b>Schützen durch Nützen – Unsere artenreichen Kulturlandschaften brauchen eine nachhaltige Bewirtschaftung</b> FDP-Kreisverband Ludwigsburg, Judith Skudelny
<b>Leitantrag</b>	
<b>L001</b>	<b>Lust auf Innenstadt – Ideen für lebenswerte Innenstädte</b> Landesvorstand

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 4

## Antrag 001

**Betr.: Ende-zu-Ende Verschlüsselung von Messengerdiensten darf nicht aufgehoben werden**

**Antragsteller: FDP Stadt- und Kreisverband Heilbronn**

- 1 Der Parteitag beschließt, dass Netzbetreiber und Dienstanbieter nicht verpflichtet
- 2 werden dürfen, die Ende-zu-Ende Verschlüsselung von Nachrichten, die über
- 3 ihren Messengerdienst gesendet werden, aufzuheben.

### **Begründung:**

Eine Eigenschaft von Messenger-Diensten ist die sogenannte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Das bedeutet, dass Nutzer der jeweiligen Apps ihre Nachrichten versenden können, ohne dass der Diensteanbieter oder Dritte wie z.B. der Staat auf diese Zugriff haben und mitlesen können. Der Bundesinnenminister Horst Seehofer will die Anbieter von Messenger-Diensten wie Whatsapp, Signal, Threema, Telegram, Wire, Facebook Messenger & Co. nun aber dazu verpflichten, auf richterliche Anordnung den Nachrichtenverkehr der Nutzer und somit auch der Verbraucher zu entschlüsseln, indem Chats und Protokolle unverschlüsselt an Sicherheitsbehörden herausgegeben werden. Für den Fall, dass sich Netzbetreiber und Diensteanbieter weigern, die Nachrichten unverschlüsselt herauszugeben, sollen sie von der Netzentur gesperrt werden.

Dies ist verfassungswidrig. Es greift zum einen in das Recht der Unternehmen auf Berufs- und Gewerbefreiheit gem. Art. 12 Abs. 1, 2 Abs. 1 GG ein, ihr legitimes Gewerbe legal, compliant auszuüben, indem Unternehmen verpflichtet werden sollen, Daten zu entschlüsseln und unverschlüsselt an Behörden herauszugeben. Und dies obwohl Art. 32 Abs. 1 lit. a) DSGVO die Verschlüsselung personenbezogener Daten, worunter auch Nachrichten zwischen Nutzern fallen, grundsätzlich vorsieht. Außerdem kann dies dazu führen, dass Unternehmen gegen die eigenen AGB verstoßen, die häufig enthalten, dass die Daten der Kunden vertraulich behandelt werden müssen.

Vor allem aber greift die Entschlüsselung unverhältnismäßig in das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung gem. Art. 1 GG i.V.m. Art. 2 GG ein. Zudem werden das Recht auf Privatsphäre und der Schutz der Kommunikation gem. Art. 7 EU Grundrechte Charta sowie das Recht auf Schutz personenbezogener Daten gem. Art. 8 Abs. 1 EU Grundrechte Charta verletzt.

Mehr Sicherheit gibt es nicht durch schärfere Gesetze, sondern durch konsequentere Durchsetzung bereits bestehender Gesetze der StPO und PolG. Die mangelnde Durchsetzung darf nicht immer durch schärfere Gesetze kaschiert werden.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 5

Wir dürfen bei der Gesetzgebung nicht aus den Augen verlieren, dass Gesetze in der Zukunft teilweise von KI-basierten Robotern ausgelegt und ausgeführt werden. Je mehr und je weiter das Gesetz Eingriffe zulässt, desto weiter ist der Spielraum eines KI-basierten Roboters. Twitter und Facebook (algorithmenbasierte) Bots zeigen bereits heute, dass sie sich schwer damit tun, wahre von unwahren Beiträgen, Meinung von Beleidigung, Verleumdung, übler Nachrede oder Satire von Wahlbeeinflussung zu unterscheiden, was die unstrukturierte, teilweise willkürliche Sperrung von Privatpersonen, Politikern und Anwälten (#twittersperrt) durch Twitter in letzter Zeit zeigt.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 6

## Antrag 002

**Betr.: Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzelle als alternative Antriebsart und Energiequelle betonen**

**Antragsteller: FDP Stadt- und Kreisverband Heilbronn**

1 Der Parteitag beschließt, die Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzelle als  
2 alternative Antriebsart und Energiequelle im öffentlichen Diskurs mehr zu  
3 betonen.

4

### **Begründung:**

Wir Freien Demokraten sind technologieoffen. Es gibt nicht das eine Allheilmittel. Deswegen widerstrebt uns die momentane Zuspitzung auf Elektromotoren zum Antrieb von Fahrzeugen. Wir fordern Offenheit und Technologievielfalt in der Debatte und in der Umsetzung.

Wir möchten deswegen die Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzelle als alternative Antriebart und Energielieferant neben Elektro, Benzin, eFuels (E-Diesel) und Diesel betonen.

E-Mobilität ist geeignet, um kurzfristig Emissionen abzubauen. Es bestehen jedoch Zweifel an der dauerhaften Nachhaltigkeit, da die notwendigen Bodenschätze wie z.B. Lithium, Kobalt, Kupfer, seltene Erden usw. schwer abzubauen und endlich sind. Diesbezüglich erscheint die Brennstoffzelle die nachhaltigere Technologie zu sein. Kein Lärm, keine Verschleißteile, keine Abgase. Wasserstoff ließe sich mit erneuerbaren Energien wie etwa Wasserkraft oder Windkraft erzeugen. Eine gute Reichweite und schnelle Betankung sprechen ebenfalls für diesen Treibstoff. Aber auch die Brennstoffzelle hat nicht nur Vorteile. Die Herstellungskosten sind bisher sehr hoch und somit sind im Moment flächendeckend keine verbraucherfreundlichen Preise abbildbar. Langfristig könnten somit Elektro-Brennstoffzelle Hybrid Technologien der ausbalancierte Mittelweg im „Energimix“ sein.

Aufgabe der Politik ist es, aus scharfer Beobachtung der technologischen Entwicklungen, vorausschauend handlungsfähig zu sein und Schlüsselindustrien wie z.B. die Autoindustrie zu begleiten und nicht – nahezu gelähmt – der Dinge harren, die in Zukunft auf uns zukommen wie z.B. Digitalisierung oder die Erreichung der Klimaschutzziele.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 7

## Antrag 003

**Betr.: Kunststoffverpackungen (Plastik) verbieten**

**Antragsteller: Kreisvorstand Ortenau**

- 1 Die FDP des Landes Baden-Württemberg fordert das Verbot von nicht
- 2 verrottbaren Kunststoffprodukten zur einmaligen Verwendung.
- 3 Die verrottbaren Produkte müssen ihre Umweltverträglichkeit nachweisen.
- 4 Die bisherigen Versuche diese Kunststoffmengen zu reduzieren, werden als
- 5 unzureichend angesehen. Existierende Alternativen müssen gefördert werden.

### **Begründung:**

Die über EU-Richtlinien in deutsches Recht umgesetzte Maßnahmen zur Reduzierung der Einmalkunststoffe (Verpackungen, u.a.) werden zu keiner Umkehr der in Europa weiter steigenden Produktion dieser massiv die Umwelt belastenden Produkte führen.

Die Firma Koehler aus Oberkirch investiert derzeit € 300 Mio. in eine neue Produktionsanlage in Kehl. Dort sollen umweltverträgliche, verrottbare Verpackungsmaterialien hergestellt werden, die den klassischen Kunststoffverpackungen den Kampf ansagen.

In Frankreich wird in wenigen Jahren nur noch abbaufähiger Kunststoff zugelassen sein.

Die FDP als Zukunfts- und Innovationspartei tut gut daran solche Entwicklungen politisch voranzutreiben.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 8

## Antrag 004

**Betr.:            Ärztliche Versorgungsstellen**

**Antragsteller: Bezirksverband Südbaden**

1 Die Landesregierung möge sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass alle  
2 Möglichkeiten zur besseren ärztlichen Versorgung insbesondere auf dem Land  
3 genutzt werden. Dies soll die drohende medizinische Unterversorgung der  
4 Bevölkerung in den nächsten Jahren abwenden oder mindern helfen.

5 Als erste Maßnahmen müssen die Ausbildungskapazitäten an den medizinischen  
6 Hochschulen erhöht werden und die nicht mehr zeitgemäßen  
7 Niederlassungsbeschränkungen aus dem Jahr 1993 (Versorgungsgrad) dem  
8 tatsächlichen Bedarf angepasst oder ganz abgeschafft werden.

### **Begründung:**

Zunehmend wird es schwieriger noch Assistenten für Krankenhäuser zu finden, die bereit sind eine mehrjährige Ausbildung zum Facharzt dort zu beginnen. Die dringend benötigten ärztlichen Mitarbeiter müssen vielfach aus dem Ausland angeworben werden. Dort fehlen sie dann in der Versorgung ihres Heimatlandes.

Der Durchschnitt der niedergelassenen Ärzte ist bereits über 55 Jahre alt und die Nachbesetzung der Praxen wird immer schwieriger. Das trifft für Hausärzte als auch für Fachärzte zu. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Der Bedarf wird dazu gegenläufig weiter steigen (Lebenserwartung, medizintechnischer Fortschritt).



# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 9

## Antrag 005

**Betr.:** Vielfältig, offen und liberal – Umsetzung der Zielvorgaben in der baden-württembergischen FDP ohne Quote!

**Antragsteller:** Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die FDP Baden-Württemberg ist ein vielfältiger, diverser und offener Verband.  
2 Unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder  
3 Weltanschauung, Behinderung, Alter oder der sexuellen Identität soll bei uns  
4 jedes Mitglied die Möglichkeit haben, sich frei entfalten und alles werden zu  
5 können. Als Liberale stehen wir für eine selbstbestimmte Gesellschaft, in der  
6 sich jeder Einzelne als Individuum frei entwickeln kann. Einen Frauenanteil von  
7 lediglich etwa 20 Prozent bei der Südwest-FDP als auch bei den JuLis  
8 Baden-Württemberg sehen wir als zu gering an. Wir wollen aktiv darauf  
9 hinarbeiten, dass deutlich mehr Frauen sich in Baden-Württemberg für eine  
10 liberale, freiheitliche Politik engagieren. Daher sehen wir uns aufgefordert,  
11 Maßnahmen zu ergreifen, um gezielt Frauen für Politik und politisches  
12 Engagement zu begeistern. Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der  
13 Landesverband arbeiten darauf hin, ein kritisches Bewusstsein in dieser Frage im  
14 Kreis ihrer Mitglieder und Funktionsträger herzustellen. Dabei sind wir uns  
15 bewusst, dass tatsächliche Veränderungen bei jedem Einzelnen anfangen und  
16 wir selbst in der Pflicht sind, für ein positives Miteinander einzutreten. Eine Quote  
17 lehnen wir jedoch entschieden ab. Die Erfolgsaussichten einer Bewerbung um  
18 ein Amt innerhalb der FDP dürfen vom Geschlecht ebenso wenig abhängig sein  
19 wie von anderen sachfremden Kriterien. Lediglich persönliche Qualifikation, das  
20 individuelle Engagement sowie die inhaltlichen Überzeugungen sollen im Rahmen  
21 von demokratischen Wahlen zum entscheidenden Bewertungskriterium dienen.  
22 Auch würde eine Quote keine Rücksicht auf die unterschiedlichen  
23 demografischen Strukturen unserer Untergliederungen nehmen. Wir kritisieren das  
24 Top-Down-Verfahren, welches dem Beschluss des FDP-Bundesvorstands zur  
25 Zielvorgabe vorangegangen ist, scharf. Im Vorfeld der Beschlussfassung wäre  
26 unserer festen Überzeugung nach eine breite Diskussion mit allen  
27 Untergliederungen zum Beispiel in Form von Regionalkonferenzen notwendig  
28 gewesen. Stattdessen wurde von einer Hinterzimmer-Kommission ein Antrag  
29 zum Bundesparteitag angekündigt, der jedoch dann lediglich im Bundesvorstand  
30 gestellt wurde. Die mangelnde Kommunikation im Vorfeld des Beschlusses  
31 verhinderte eine zielführende Diskussion in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und  
32 Landesverbänden. Die mangelnde Transparenz erschwert nun die Akzeptanz  
33 des Beschlusses und führt nicht zu einer notwendigen Bewusstseinsveränderung  
34 von Funktionsträgern in der Breite der FDP. Wir bedauern, dass die mit dem  
35 neuen Leitbild einhergegangenen Schritte hin zur Mitmachpartei bei diesem  
36 grundlegenden Thema rückabgewickelt wurden. Wir erkennen den Beschluss des  
37 Bundesparteitags der FDP als höchstes Beschlussgremium mit seiner Absage an

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 10

38 starre Quoten und der Betonung eines ganzheitlichen Programms zur Förderung  
39 von Frauen in unserer Partei an. Darüber hinaus wollen wir aber auch mehr tun,  
40 um unsere Partei auch für andere Personengruppen weiter zu öffnen. Die FDP  
41 Baden-Württemberg zielt bei der Aushandlung und Umsetzung ihrer  
42 Zielvereinbarung mit der Bundespartei nicht bloß auf regionale Anteile von  
43 Frauen in Vorständen, sondern vertritt einen holistischen Ansatz, der auch die  
44 bessere Integration anderer gegenwärtig unterrepräsentierter Teile der  
45 Mitgliedschaft zum Ziel hat. Die Anteile von Gruppen in Ämtern können zwar  
46 der Ausgangspunkt, dürfen jedoch nie selbst der Zweck einer Diskussion  
47 sein. Wir setzen dabei einerseits auf Maßnahmen, die das entsprechende  
48 Problembewusstsein schärfen und andererseits auf eine veränderte  
49 Kommunikation – auch um politische Prozesse und Besetzung transparenter zu  
50 gestalten.

### 51 **Problembewusstsein in der Mitgliedschaft fördern,** 52 **Verantwortungsbewusstsein bei Funktionsträgern stärken**

53 • Es wird ein jährlicher Bericht über Entwicklungen, Maßnahmen und Vorhaben  
54 zur Erhöhung des Frauenanteils in der FDP Baden-Württemberg dem  
55 Landesvorstand, der Kreisvorsitzendenkonferenz und zumindest schriftlich dem  
56 Landesparteitag vorgelegt.

57 • Die FDP Baden-Württemberg setzt den bestehenden Arbeitskreis zur  
58 Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung von Maßnahmen zur Steigerung des  
59 Frauenanteils fort. In diesem Arbeitskreis sollen Vertreter des Präsidiums, des  
60 Landesvorstands, der Kreisverbände und der Vorfeldorganisationen eingebunden  
61 werden. • Die Orts-, Kreis- und Bezirksvorsitzenden der baden-württembergischen  
62 FDP werden aufgefordert, mindestens einmal im Jahr im Rahmen einer  
63 Vorstandssitzung den Frauenanteil ihrer Untergliederung zu evaluieren.

64 • Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände und der Landesverband sind  
65 aufgefordert, Veranstaltungsformate auf ihre Familienfreundlichkeit hin zu  
66 untersuchen. Neue Formate sollen ausprobiert werden. Der Arbeitskreis ist  
67 aufgefordert, eine Best-Practice-Sammlung zu erstellen und diese allen  
68 Untergliederungen zur Verfügung zu stellen. Der Landesverband unterstützt bei  
69 der konzeptionellen Umsetzung. Durch den Landesvorstand soll eine Evaluation  
70 bereits bestehender Veranstaltungsformate umgesetzt werden.

71 • Parteiengagement muss auch abseits klassischer Präsenzveranstaltungen  
72 möglich sein. Daher fordern wir die Ausweitung digitaler Mitmachangebote, um  
73 vielfältige Lebensmodelle mit dem Engagement bei den Freien Demokraten  
74 vereinbaren zu können. Die Anforderungen, die ein Amt mit sich bringt, sollen  
75 vor Wahlen transparent aufgezeigt werden.

76 • Die FDP Baden-Württemberg gibt sich einen Code of Conduct für einen  
77 rücksichtsvollen Umgang miteinander. Dazu gehört auch eine klare Absage an  
78 jegliche Form von Sexismus oder Diskriminierung. Die Verantwortung für den

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 11

79 Prozess soll federführend bei der Ombudsperson liegen, ein entsprechender  
80 Entwurf ist dem Landesparteitag I/2020 vorzulegen.

81 • Der Zielvereinbarung zwischen FDP-Bundesverband und dem Landesverband  
82 muss ein Beschluss des Landesvorstands der FDP Baden-Württemberg  
83 vorausgehen, welcher den Vereinbarungstext zum Gegenstand hat. • Wir haben  
84 das gemeinsame Ziel, viele Frauen für unsere Themen zu begeistern und sie zu  
85 aktiver Mitarbeit zu animieren. Wir sind überzeugt, dass wir als Verband mit  
86 einer breit aufgestellten Programmatik und neuen Formen der politischen Arbeit  
87 für alle liberal denkenden Menschen eine Atmosphäre schaffen können, in der  
88 nicht nur Frauen sich gerne einbringen können – und wollen.

89 • Gemeinsam mit der Reinhold-Maier-Stiftung / Friedrich-Naumann-Stiftung für  
90 die Freiheit soll das Empowerment-Programm vertieft werden. Dieses soll zum  
91 Ziel haben, insbesondere Frauen und politischen Nachwuchs zu fördern und zu  
92 bilden. Weiterhin sollen Workshops zur Vermittlung von Soft Skills wie u.a.  
93 Teamführung und kollaboratives Arbeiten angeboten werden. Auch sollen dort  
94 die Anforderungen für Ämter transparent aufgezeigt werden.

### 95 **Positive Kommunikation als Grundlage einer offenen Partei**

96 Bereits mit dem Leitbildprozess haben sich die Freien Demokraten auf den Kern  
97 ihrer freiheitlichen Aussage besonnen und kommunizieren ihre Aussagen, Werte  
98 und Ziele positiv. Abweichungen von einer lösungsorientierten und empathischen  
99 Rhetorik erteilen wir eine Absage.

100 • Wir wollen ein positives Bild unserer Arbeit und unserer Werte vermitteln.  
101 Daher verzichten wir auf negative Bilder, Verunglimpfungen und bloße  
102 Diffamierung des politischen Mitbewerbers ohne Sachbezug. Diesem Ziel sollen  
103 sich Partei und Fraktion verpflichten.

104 • Positive Kommunikation beginnt im Ortsverband. Daher arbeiten wir in allen  
105 Gliederungen der baden-württembergischen FDP an einer einladenden und  
106 respektvollen Gruppenkultur und Gruppenkommunikation.  
107 Teambuildingmaßnahmen und andere gemeinschaftsstiftende Veranstaltungen  
108 sollen auf allen Ebenen der Partei eingeführt und gefördert werden.  
109 Landesvorstand, Ombudsperson und Arbeitskreis unterstützen bei der  
110 Konzipierung solcher Maßnahmen.

111 • Bei Verfehlungen und schwierigem kommunikativen Umfeld sollen sich  
112 Mitglieder an die Ombudsperson wenden können. Deren Kompetenzen regelt die  
113 Landessatzung.

114 • Der Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg soll eine Evaluation der  
115 Außenwirkung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Ansprache von Interessierten  
116 durch Partei und Fraktion erstellen. Basierend hierauf sind  
117 Verbesserungsvorschläge zur internen und externen Kommunikation zu  
118 erarbeiten. Gemeinsam mit allen Mitgliedern und Gliederungen der Freien

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

## Seite 12

119 Demokraten wollen wir auf ein positives Miteinander hinwirken und ein Klima  
120 schaffen, in dem sich insbesondere Frauen willkommen fühlen und entfalten  
121 können.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 13

## Antrag 006

**Betr.: Lust auf Landleben - Ideen für einen lebenswerten ländlichen Raum**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

1 Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch sich überall verwirklichen  
2 kann. Dabei darf es nicht darauf ankommen, ob man auf dem Land oder in der  
3 Stadt zuhause ist. Deswegen brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur im  
4 ländlichen Raum, gute wirtschaftliche Perspektiven, ein attraktives  
5 Freizeitangebot und digitale Angebote, die weite Wege überflüssig machen.

6 Für uns ist klar: Startchancen dürfen nicht von Ortsschildern abhängen!

### 7 **Versorgung an jeder Milchkanne!**

8 Wir möchten das Lebensgefühl auf dem Land nicht verändern. Damit aber die  
9 Entscheidung darüber, ob man seine Zukunft im Dorf oder in der Stadt gestaltet,  
10 nicht von äußeren Zwängen abhängt, müssen die Grundbedürfnisse der  
11 Menschen auch im ländlichen Raum gedeckt und die Gleichwertigkeit der  
12 Lebensverhältnisse flächendeckend gewährleistet sein.

13 Dazu gehört insbesondere eine gesicherte medizinische Versorgung. Natürlich  
14 erfordert nicht jede medizinische Versorgung einen Arzt. Viele Aufgaben können  
15 auch speziell ausgebildete nichtärztliche Praxisassistenten übernehmen. Wir  
16 fordern daher Beratungsangebote wie beispielsweise nach dem Vorbild des  
17 Projekts "Gemeindeschwester Plus", die durch Aufklärung und Vermittlung von  
18 Angeboten dazu beitragen, eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.  
19 Außerdem müssen die Medizinischen Versorgungszentren in den Mittelzentren  
20 und der Krankentransport zu diesen gestärkt werden. Darüber hinaus fordern  
21 wir, dass die benötigten Strukturen so ausgebaut werden, dass die Hilfsfrist für  
22 Einsätze der Feuerwehr und des Rettungsdienstes eingehalten werden kann. Um  
23 den zustimmungspflichtigen Austausch verschiedener Akteure im  
24 Gesundheitswesen über die patientenrelevante Versorgung zu gewährleisten,  
25 sind entsprechende Datenbanken zu schaffen. Wir fordern, die Telemedizin als  
26 flächendeckende Möglichkeit der medizinischen Erstversorgung zu etablieren und  
27 die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen. Indem wir die Honorierung einer  
28 Videosprechstunde auf das Niveau einer konventionellen Sprechstunde anheben,  
29 schaffen wir zudem Anreize für den Einsatz der Telemedizin. Diese muss bereits  
30 in der medizinischen Ausbildung ein elementarer Bestandteil sein. Die Integration  
31 von gesundheitsökonomischen Aspekten ins Curriculum stellt für uns ebenfalls  
32 eine sinnvolle Ergänzung dar. Dazu gehören Informationen zum Ablauf der  
33 Niederlassung, der Praxisführung, den Abrechnungsbedingungen und  
34 wirtschaftlichen Aspekten in einer Praxis. Eine verpflichtende Landarztquote mit

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 14

35 Sanktionssystem lehnen wir entschieden ab. Diese sorgt lediglich für eine andere  
36 Verteilung der Zulassungen. Stattdessen ist dringend eine deutliche Erhöhung  
37 der Gesamtstudienplatzzahlen in der Humanmedizin angebracht. Außerdem  
38 setzen wir uns für eine Neuordnung der Auswahlverfahren gemäß dem Urteil des  
39 Bundesverfassungsgerichtes vom 19.12.2017 ein. Weiter setzen wir uns dafür  
40 ein, den Beruf des Landarztes attraktiver zu gestalten. Dazu fordern wir  
41 Honoraranreize in Form extrabudgetärer Honorarzuschläge etwa bei  
42 Hausbesuchen oder ambulanten Operationen. Zudem soll nur noch in konkreten  
43 Verdachtsfällen eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgenommen werden können.  
44 Wir begrüßen Investitionshilfen zum Beispiel der Kassenärztlichen  
45 Vereinigungen, damit gerade junge Ärzte es schaffen, sich auf dem Land in  
46 einer eigenen Praxis zu etablieren, sowie kooperative Maßnahmen zwischen  
47 Ärzten und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen in Gemeinschaftspraxen  
48 oder Gesundheitszentren. Wir fordern die Ausfinanzierung der Rettungsdienste,  
49 damit zu jeder Tageszeit auch auf dem Land die Rettung im gesetzlichen  
50 Rahmen möglich ist!

51 Auch für den täglichen Bedarf muss gesorgt sein. Daher begrüßen wir die  
52 Förderung und Einrichtung von Multifunktions- und Bürgerläden, in denen  
53 Dienstleistungen von Krankenkassen, Banken, Polizeistellen, Gemeindeämtern,  
54 der Gesundheitsversorgung, Postleistungen, Supermarktangebote, Annahme für  
55 Wäschereinigung und beispielsweise Cafés gebündelt werden können. Ebenfalls  
56 halten wir mobile Supermärkte nach niederländischem Vorbild und die  
57 Ausweitung digitaler Angebote wie beispielsweise von Lieferdiensten des  
58 nächstgelegenen Supermarkts für geeignet, um die Versorgung im ländlichen  
59 Raum zu sichern. Damit auch kleinere Geschäfte eine Chance gegenüber dem  
60 Online-Versandhandel haben, fordern wir die umfassende Liberalisierung der  
61 Ladenöffnungszeiten. Schließlich können auch innovative Konzepte wie  
62 Showrooms mit Bestellmöglichkeit und anschließender Lieferung – wobei auch  
63 visionäre Transportmöglichkeiten, bspw. Anlieferung per Drohne, in Betracht  
64 gezogen werden sollen – das Problem fehlender herkömmlicher Ladengeschäfte  
65 auf dem Land überwinden. Solche Showrooms bieten den Komfort, sich Produkte  
66 und Waren vor dem Kauf anzusehen, zu bestellen und zu bezahlen und  
67 anschließend Lieferzeitpunkt und Ort gezielt auszuwählen. Im Rahmen solcher  
68 Showrooms können auch Konzepte virtueller Realität erprobt werden. Schließlich  
69 fordern wir ersatzweise für die Integration in Bürgerläden die Schaffung mobiler  
70 Polizeistellen, die beispielsweise mithilfe eines als Wache ausgestatteten  
71 Polizeibusses zu festen Zeiten als Anlaufstelle dienen. Zusätzlich muss auch im  
72 ländlichen Raum eine regelmäßige Streifenpräsenz gewährt sein. Die  
73 flächendeckende umfassende Wahrnehmung dieser Aufgaben ist durch  
74 Personalverstärkungen allein jedoch nicht erreichbar. Daher sollten auch  
75 Konzepte, die Fortschrittstechnologien wie die Nutzung von Drohnen oder den  
76 Einsatz künstlicher Intelligenzen vorsehen, durch die für die Polizeiarbeit  
77 verantwortliche Länderebene entwickelt werden.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 15

78 Gerade im ländlichen Raum bietet die Digitalisierung erhebliche Chancen:  
79 Digitale Serviceleistungen öffentlicher Verwaltungen vermeiden Fahrstrecken und  
80 überwinden infrastrukturelle Barrieren. Wir fordern daher, dass sämtliche  
81 Verwaltungsdienstleistungen, soweit sie digitalisierbar sind, auch online zur  
82 Verfügung gestellt werden. Hierzu ist ein Rechtsanspruch des Bürgers auf  
83 elektronische Kommunikation mit Behörden zu schaffen. Für den Bürger soll die  
84 Anwendung möglichst unkompliziert und barrierefrei ausgestaltet werden. Bis die  
85 Digitalisierung der Verwaltung erreicht ist, soll der Weg zum nächsten Amt nicht  
86 weiter zum Tagestrip werden. Solange braucht es mobile Verwaltungsbüros, die  
87 nach vorheriger Terminvergabe in der Fläche des Landes unterwegs sind.

88 Zudem sollen benachbarte Kommunen noch stärker als bisher miteinander  
89 kooperieren. Eine Pflicht zur Gemeindefusionierungen von Kommunen unter  
90 5000 Einwohnern lehnen wir jedoch ab. In jedem Fall darf eine Zentralisierung  
91 von Strukturen nicht zu einer untragbaren Entfernung der kommunalen  
92 Dienstleistungen vom Bürger führen. Eine Gemeindefusionierung darf nicht zum  
93 Verlust gewachsener kommunaler Identität führen. Dies können unter anderem  
94 starke Ortschaftsräte gewährleisten. Welche Aufgaben die Ortschaften erhalten,  
95 sollen die Kommunen selbst bestimmen können. Lediglich Aufgaben, die  
96 grundsätzlich dem Gemeinderat obliegen, dürfen nicht übertragen werden.

### 97 **Auf dem Land zu Hause!**

98 In wachsenden dörflichen und ländlichen Regionen entstehen häufig zu wenige  
99 Neubaugebiete. Dorfkerne sollten zunehmend als Dorf- oder Mischgebiete  
100 deklariert werden, sodass Gewerbebetrieb vereinfacht parallel zu Wohnnutzung  
101 stattfinden kann. Nutzungsänderungen im Bestand müssen vereinfacht werden,  
102 um Leerstand vorzubeugen, wenn beispielsweise eine ehemalige  
103 Gewerbeimmobilie in eine Wohnimmobilie umgewandelt werden soll. Dies beugt  
104 dem Aussterben von Dorfkernen vor. Wir sprechen uns außerdem für eine  
105 vorrangige Förderung von Renovierungen und Sanierungen vor Neubauten in  
106 nicht wachsenden ländlichen Regionen aus. Zur Erhaltung bisheriger  
107 Siedlungsstrukturen und zur Vermeidung zusätzlichen Flächenverbrauchs ist eine  
108 Wiedernutzung und teilweise Wiederbebauung sinnvoll. Zur Senkung des  
109 Flächenverbrauchs und einer auch ökonomisch nachteiligen Zersiedelung wird  
110 die Fortführung und Ausweitung des Modellprojekts zum interkommunalen  
111 Flächenzertifikatehandel befürwortet. Sollten sich die ökologischen und  
112 ökonomischen Vorteile auch weiterhin bestätigen, ist eine Implementierung  
113 anzustreben. Ansätzen, die Neuausweisungen von Bauflächen verbieten wollen,  
114 erteilen wir eine klare Absage. Zudem kann die Einrichtung und Vermarktung  
115 einer kommunalen Hausbörse als Plattform für potenzielle Käufer unterstützend  
116 und belebend auf den ländlichen Immobilienmarkt wirken.

117 Auch die Entwicklungen der Sharing-Economy bieten Chancen für den  
118 Wohnungsmarkt im ländlichen Raum. Daher sprechen wir uns für eine liberale  
119 Rahmgebung zur Entwicklung und Erweiterung von Angeboten wie  
120 Mehrgenerationenhäusern, altersgerechten Wohngemeinschaften und

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 16

121 studentischem Wohnen aus. Schließlich muss eine Stabilisierung des  
122 Immobilienmarktes auch in Gebieten mit Bevölkerungsrückgang gewährleistet  
123 werden, damit Immobilienvermögen nicht entwertet werden. Die  
124 Leerstandsquoten sollten einen im Einzelnen zu bestimmenden Zielwert daher  
125 nicht überschreiten. Dafür ist – wo notwendig und sinnvoll – die Weiterführung  
126 und teilweise auch Ausweitung von Rückbauaktivitäten anzustreben.

### 127 **Breitband statt Funklöcher!**

128 Das Internet verbindet Menschen miteinander, ist wesentlicher Bestandteil einer  
129 modernen Arbeitswelt, ermöglicht soziale Teilhabe und ist daher Teil der Grund-  
130 und Daseinsversorgung der heutigen Zeit. 5G an jeder Milchkanne ist für uns  
131 deshalb eine Selbstverständlichkeit!

132 Wir fordern die Versorgung jeder Kommune mit hochleistungsfähigen  
133 Anschlüssen und Glasfaserleitungen. Durch die oberirdische  
134 Glasfaserkabelverlegung können kostengünstig und schnell auch entlegene Orte  
135 und Gehöfte mit hochwertigem Breitbandanschluss ausgestattet werden. Dabei  
136 befürworten wir die Einrichtung öffentlicher Infrastrukturfonds, um private  
137 Investoren an den Projekten beteiligen zu können. Daneben und neben der  
138 Einrichtung öffentlicher WLAN-Zugänge fordern wir die Installierung eines  
139 leistungsstarken Mobilfunknetzes: Wir setzen uns für den flächendeckenden  
140 Ausbau von 4G als Standard ein. Zur schnelleren und kostengünstigeren  
141 Bereitstellung von Netzen in ländlichen Regionen setzen wir uns für die Freigabe  
142 von National Roaming, die gemeinsame Nutzung von Mobilfunkinfrastruktur  
143 durch mehrere Anbieter, ein. Darüber hinaus fördern wir die Entwicklung von 5G  
144 als Mobilfunknetz der Zukunft und streben eine bundesweite Versorgung bis  
145 2022 an. Wir kritisieren das Vergabeverfahren der Bundesregierung, welches  
146 sich erneut auf Einnahmenerzielung statt flächendeckende Versorgung  
147 konzentrierte.

148 Wir sprechen uns außerdem für ein strukturelles Konzept der variablen  
149 Clusterbildung aus, in dem ländliche und städtische Regionen miteinander  
150 gekoppelt werden. Unternehmen bewerben und verpflichten sich dann zum  
151 Ausbau des gesamten Clusters und nicht nur einer einzelnen Region. Darüber  
152 hinaus fordern wir ein Umdenken in der Zielsetzung im Rahmen des  
153 Breitbandausbaus. Eine Benchmark-Lösung verhindert das Ausreizen alter  
154 Technologien (wie das Kupferkabel) und sorgt für eine langfristig  
155 konkurrenzfähige Performance Deutschlands im Vergleich zu anderen  
156 OECD-Staaten. Ziel soll dabei eine flächendeckend 105-prozentige Versorgung  
157 im Bereich von Übertragungsgeschwindigkeiten im Vergleich zu anderen  
158 OECD-Staaten sein.

### 159 **Nächster Halt: Zukunft!**

160 Die Stärkung des ländlichen Raums beginnt bei der Verbesserung der dortigen  
161 Infrastruktur und Mobilität. Wir Freien Demokraten wollen dies durch erhöhte



# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 17

162 Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und durch die Etablierung innovativer  
163 Verkehrskonzepte erreichen. Konkret fordern wir eine Verbesserung der  
164 Verkehrsinfrastruktur durch eine Erhöhung der Mittel für den Ausbau und die  
165 Instandhaltung der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen sowie einzelfallorientiert  
166 auch Autobahnanbindungen. Besonderes Augenmerk muss dabei auch auf die  
167 Ausweitung von Planungsstellen in den jeweiligen Straßenbauverwaltungen  
168 gelegt werden. Wir wollen, dass die Investitionsprogramme des Bundes für  
169 Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum dafür ausgeweitet werden. Kommunale  
170 Straßen sollen durch ein zeitlich begrenztes Investitionsprogramm mit Mitteln des  
171 Bundes zur Sanierung und Instandsetzung gefördert werden. Besonders  
172 Kommunen im Haushaltssicherungskonzept sollen von der Förderung profitieren.

173 Eine bessere Auslastung des motorisierten Individualverkehrs kann durch die  
174 finanzielle und rechtliche Förderung von Angeboten von interregionalen  
175 Mitfahrzentralen, Car- und Ridesharing-Modellen und Bürgerbusvereinen oder  
176 Dorfmobilen erreicht werden. Zudem sprechen wir uns für die bundesweite  
177 Aufhebung von staatlichen Markthindernissen für neue, konkurrierende  
178 Personenbeförderungsdienste auf Basis der Sharing Economy aus – hier müssen  
179 sowohl für alte als auch für neue Gewerbetreibende faire  
180 Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden.

181 Wir fordern die Schaffung der Voraussetzungen für autonomes Fahren, um eine  
182 flächendeckende ÖPNV-Versorgung zu vereinfachen. Dies erfordert die  
183 Ermöglichung von Fahrzeug-zu-Infrastruktur-Kommunikation. Ein besonderes  
184 Potential liegt hierbei in „ÖPNV-on-demand“-Systemen zur Überbrückung der  
185 letzten Meile, bei denen autonom angetriebene Kleinbusse genutzt werden, um  
186 einzelne Orte mit bestehenden Bus- und Bahnlinien in ländlichen Gebieten zu  
187 vernetzen. Dafür muss bei zukünftigen Modernisierungen, Umbauten und  
188 Neubauten von Straßen- und Schieneninfrastruktur zur Voraussetzung werden,  
189 dass diese für autonome Fahrzeuge geeignet sind. Weiterhin sollen besonders  
190 kapazitätserweiternde Maßnahmen und Elektrifizierungen für eine moderne und  
191 zukunftsfähige Schieneninfrastruktur im Rahmen eines Sonderprogramms  
192 umgesetzt werden. Wir fordern WLAN und USB-Ladestecker in neu  
193 angeschafften öffentlichen Verkehrsmitteln. Alle Fahrplaninformationen des  
194 ÖPNVs sollen in Echtzeit verfügbar sein. Dazu müssen auch Fahrtausfälle und  
195 Verspätungen berücksichtigt werden. Diese Daten sollen auch anderen  
196 Mobilitätsanbietern zur Verfügung gestellt werden. Auf Grund der zentralen Rolle  
197 und den bekannten Schwierigkeiten in den dünnbesiedelten Regionen ist die  
198 Mobilität für Schüler und Auszubildende aufgrund deren beschränkter finanziellen  
199 Mittel besonders zu fördern. Neben Straßen und ÖPNV kann auch das Fahrrad,  
200 insbesondere das E-Bike, zur besseren Mobilität beitragen. Damit das  
201 Fahrradfahren attraktiver und sicherer wird, setzen wir uns auch für den Ausbau  
202 von Radschnellwegen zu lokalen Zentren und ÖPNV-Anschlüssen ein.

203 Die Entwicklung verschiedener Verkehrssysteme muss mit- und nicht  
204 nebeneinander erfolgen. Dazu muss die Einführung bedarfsorientierter

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 18

205 ÖPNV-Systeme wie AST, Bedarfshaltestellen im Schienenverkehr und Baxi  
206 geprüft werden. Mit der Bereitstellung von Daten der Fahrten soll eine  
207 verbesserte Taktung sichergestellt werden.

208 Um Menschen mit Behinderung das Leben auf dem Land zu erleichtern und das  
209 Stadt-Land-Gefälle nicht noch zu vergrößern, fordern wir den Ausbau von  
210 barrierefreiem Nahverkehr, Bahnhöfen und Busstationen. Auch bei neuen  
211 Formen der Mobilität muss der Aspekt Barrierefreiheit bedacht werden.

212 Wir fordern eine Öffnung des öffentlichen Personennahverkehrs durch die  
213 Aufhebung des 50-km-Mindestabstandes zwischen Haltestellen für Fernbusse (§  
214 42a PBefG). Dies soll unabhängig vom vorhandenen Angebot öffentlicher  
215 Verkehrsgesellschaften auf Straße und Schiene gelten. Eine Freigabe soll also  
216 auch für Strecken erfolgen, auf denen Schienenpersonennahverkehr mit einer  
217 Reisezeit bis zu einer Stunde betrieben wird, was bisher ebenfalls nicht möglich  
218 ist.

219 Schließlich fordern wir die Herabsenkung des Alters zum Erwerb eines  
220 PKW-Führerscheins. Begleitetes Fahren soll ab 15 Jahren und eigenständiges  
221 Fahren ab 16 Jahren möglich sein.

222 Wir befürworten außerdem die Herabsetzung des Alters zum Erwerb eines  
223 Mopedführerscheins (Führerscheinklasse AM) auf 14 Jahre. Um die Hürden für  
224 den Führerscheinwerb abzubauen, wollen wir den Pflichtumfang der  
225 Ausbildung auf 6 Theoriestunden (90 Minuten) und eine praktische  
226 Übungsstunde (90 Minuten) reduzieren. Des Weiteren wollen wir Kleinkrafträder  
227 zu einer besseren Alternative für Mobilität machen. Statt bisher 45 km/h sollen  
228 Kleinkrafträder künftig 55 km/h fahren dürfen.

### 229 **Das Land soll boomen!**

230 Fortschritt und Innovation müssen im gesamten Land stattfinden. Viele ländliche  
231 Regionen sind schon Hotspots von Hidden Champions und Weltmarktführern –  
232 dies gilt es fortzuführen und auszuweiten.

233 Um junge wirtschaftliche Erfolge vor Ort zu fördern, können Kommunen  
234 potenzielle Existenzgründer mit der Aussicht auf günstige Büro- und  
235 Produktionsräume anlocken. Leerstehende kommunale Immobilien können als  
236 Gründerzentren oder zur anderweitigen Vernetzung dienen. Auch das aktive  
237 Anwerben von mittelständischen und größeren Unternehmen durch Hervorheben  
238 von Standortvorteilen soll von den Kommunen strategisch eingesetzt werden.

239 Um den Ländlichen Raum zu einer wirtschaftlichen Boom Region zu entwickeln  
240 ist es für uns notwendig, dass in ländlichen Regionen auch die Möglichkeiten,  
241 die die Entwicklung von Smart-City-Projekten bietet, genutzt werden. Darüber  
242 hinaus wollen wir digitale Freiheitszonen für Neugründungen in  
243 strukturschwachen Gebieten schaffen.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 19

244 Gerade für Pendler aus dem ländlichen Raum in die Ballungsgebiete kann die  
245 Möglichkeit im Home-Office zu arbeiten, eine echte Erleichterung sein. Wir  
246 setzen uns daher für ein ausgewogenes Recht auf Home-Office ein. Daneben  
247 setzen wir uns für eine Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetzgebung ein

248 In ländlichen Regionen nimmt der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine wichtige  
249 Rolle ein. Eine Zersplitterung touristischer Angebote in Regionen ist zu  
250 verhindern. Stattdessen müssen zielgerichtete Kooperationspotenziale erkannt  
251 und Synergieeffekte zwischen Kommunen genutzt werden. Wir sprechen uns  
252 daher – wo möglich – für die gemeinsame Vermarktung von regionalen  
253 Tourismusgebieten aus. Hierzu fordern wir die Landkreise auf, sich in  
254 interkommunalen Gesellschaften zu organisieren, um gemeinsam eine  
255 Steigerung der regionalen Wertschöpfung zu erreichen. Schließlich fordern wir  
256 eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen im Bereich des Tourismus und der  
257 Gastronomie nach österreichischem Vorbild.

258 Bei wirtschaftlicher Entwicklung, Tourismus und auch darüber hinaus ist in  
259 Grenzregionen eine Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen aus den  
260 Nachbarländern zu prüfen. Hierfür sind die Möglichkeiten der kommunalen  
261 Zusammenarbeit zu erweitern. Auf europäischer Ebene sollte Deutschland  
262 darauf hinwirken, dass auch die Nachbarländer eine kommunale  
263 grenzüberschreitende Kooperation ermöglichen, die weit über das Bisherige  
264 hinausgehen.

265 Unser Leitbild ist die finanziell starke und unabhängige Kommune. Diese muss  
266 selbstverständlich in der Lage sein, ihre Pflichtaufgaben ohne externe  
267 Fördermittel erfüllen zu können und einen ausreichenden Spielraum für weitere  
268 freiwillige Aufgaben zu haben. Daher muss die Finanzausstattung der  
269 kommunalen Ebene nachhaltig verbessert werden. Wir sprechen uns für eine  
270 grundgesetzliche Verankerung des Konnexitätsprinzips im Sinne einer  
271 Veranlassungskonnexität auch zugunsten der Gemeinden aus, weil  
272 Aufgabenänderungen des Bundes faktisch häufig eine Belastung der Kommunen  
273 bedeuten. Diesen muss insofern ein Durchgriffsrecht auf den Bund zustehen.

### 274 **Kleine Beine brauchen kurze Wege!**

275 Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, das Fundament  
276 von Innovation und einer starken Wirtschaftsleistung sowie eine Investition in die  
277 Zukunft. Um beste Bildung auf dem Land sicherzustellen, ist ein vielfältiges  
278 Schul-, Betreuungs- und Kulturangebot erforderlich.

279 Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, müssen  
280 wohnortnahe Betreuungsangebote geschaffen werden. Neben der Betreuung in  
281 Kindertagesstätten sind hierzu auch weitere Betreuungsmöglichkeiten, wie  
282 Tagesmütter und generationenübergreifende Lösungen nötig. Auch  
283 Betreuungsmöglichkeiten an der Arbeitsstelle, bereitgestellt durch den (privaten)  
284 Arbeitgeber, sind ein Anreiz für Fachkräfte. Kitas müssen in ihren Öffnungszeiten

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 20

285 den Bedürfnissen in ländlichen Regionen Rechnung tragen. Aus diesem Grund  
286 setzen wir uns für zeitlich flexible Angebote der Kinderbetreuung und den  
287 breiteren Ausbau und die Förderung von Betriebskindergärten ein. Eltern müssen  
288 die Gewissheit haben, dass ihr Kind während ihrer Arbeitszeit sicher betreut  
289 wird.

290 Um schulische Vielfalt zu gewährleisten, fordern wir den Ausbau  
291 interkommunaler Zusammenarbeit im Sinne der Förderung von  
292 Kooperationsmodellen zwischen weiterführenden Schulen, um bei auftretendem  
293 Schülermangel die vollständige Bandbreite an Wahlfächern zu erhalten und  
294 damit die individuelle Schullaufbahn auch im ländlichen Raum zu fördern. Damit  
295 einhergehend ist das Konzept des Bildungscampus zu fördern. Ein  
296 Bildungscampus vereint Grundschule, Sekundarstufe I und gymnasiale Oberstufe  
297 an einem Ort. So können Doppelstrukturen eingespart werden und eine  
298 schulische Vielfalt in der Fläche effizient sichergestellt werden.

299 Wir wollen die Wahlfreiheit bei der Auswahl der Schule auch im ländlichen  
300 Raum ermöglichen. Daher fordern wir, dass die Landkreise für alle Schülerinnen  
301 und Schüler, die auf ihrem Gebiet wohnen, die Anreise zu jeder Schule ihrer  
302 Trägerschaft sicherstellen. Der einfache Weg einschließlich Wartezeiten soll nicht  
303 länger als 60 Minuten dauern. Darüber hinaus müssen die Kooperationen  
304 zwischen den Trägern gestärkt werden, um auch Schulen der umliegenden  
305 Kommunen als Angebotschulen nutzen zu können. Zu allen Angebotsschulen  
306 muss die gebührenfreie Beförderung durch den Heimatlandkreis gesichert sein.

307 Insbesondere für Azubis und Studenten fordern wir schließlich auch  
308 Bildungsangebote staatlicher Bildungseinrichtungen, die als Fernstudium oder  
309 Onlineunterricht oder MOOCs (Massive Open Online Courses) ausgestaltet sind.  
310 Darüber hinaus fordern die Jungen Liberalen den dezentralen Ausbau dualer  
311 Studienangebote gerade in klein- bis mittelgroßen Städten, um der Abwanderung  
312 von jungen Menschen zur Aufnahme eines Studiums entgegenzutreten und  
313 ihnen eine akademische Zukunft auf dem Land zu bieten.

### 314 **Engagiert auf dem Land!**

315 Schließlich wollen wir ehrenamtliches Engagement als tragende Säule der  
316 Alltags- und Freizeitgestaltung junger Menschen fördern. Insbesondere im  
317 ländlichen Raum leben die Vereine vom intensiven und aktiven Engagement der  
318 Ehrenamtlichen. In der heutigen Gesellschaft bietet sich jedoch gerade für  
319 Jugendliche wenig Raum und Zeit, ein Ehrenamt wahrzunehmen. Deshalb ist für  
320 Schüler eine Anpassung der Unterrichtszeiten durch eine Flexibilisierung des  
321 Ganztagsangebotes wichtig, damit der späte Nachmittag auch einem sozialen  
322 Amt gewidmet werden kann. Für das aktive Engagement im Vorstand oder in  
323 bestimmten Projekten eines Vereins soll die Möglichkeit einer vereinfachten  
324 Freistellung von Arbeit oder Unterricht bestehen. Weiterhin soll die Möglichkeit  
325 bestehen, sich für ein Studium förderliche Erfahrungen aus einer ehrenamtlichen  
326 Tätigkeit, vergleichbar einem FSJ, auf den NC anrechnen zu lassen.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 21

## Antrag 007

**Betr.: Klare Kante gegen Linksextremismus**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

1 Wir als Freie Demokraten lehnen politischen und religiösen Extremismus jeder  
2 Art ab und sehen uns als Demokratinnen und Demokraten in der Pflicht, die  
3 freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Extremistinnen und Extremisten  
4 zu verteidigen. Dabei dürfen Gesellschaft und Politik nicht länger auf dem linken  
5 Auge blind sein und Linksextremismus bagatellisieren. Wir fordern darüber  
6 hinaus auch alle anderen Parteien und deren politische Jugendorganisationen  
7 auf, sich eindeutig von linksextremen Einstellungen und insbesondere  
8 linksextremer Gewalt zu distanzieren. Aus unserem Bekenntnis zur  
9 freiheitlich-demokratischen Grundordnung folgt, dass wir weder die mit der  
10 Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) rechtsidentische Partei "Die  
11 Linke" noch deren Jugendorganisation "linksjugend [solid]" als demokratisch  
12 gleichwertige Organisationen anerkennen. Gemeinsame Formate wollen wir wo  
13 sinnvoll möglich vermeiden, gegenseitige Grußworte halten wir für unangebracht.  
14 Gleichzeitig wollen wir selbstverständlich ihren Argumenten in  
15 Podiumsdiskussionen diskursiv begegnen statt uns wegzuducken. Wir fordern  
16 die Freien Demokraten dazu auf, gemeinsame Anträge zu Sachfragen zu  
17 vermeiden und Koalitionen mit der Linke auf Landes- und Bundesebene  
18 auszuschließen. Wir fordern eine europaweite Strategie zur Verfolgung und  
19 Bekämpfung linksextremistisch motivierter Straftaten. Nachfolgeseiten von  
20 "linksunten" müssen unter besonderer Beobachtung stehen, auch um illegale  
21 Inhalte umgehend löschen zu können. Linksextremistisch motivierte Straftaten  
22 dürfen nicht geduldet und müssen konsequent verfolgt werden. Wir wehren uns  
23 gegen Versuche, die SED-Diktatur zu relativieren und fordern eine bessere  
24 finanzielle Ausstattung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.  
25 Sozialistische Denkmäler und Namensgebungen aus DDR-Zeiten müssen kritisch  
26 hinterfragt und zumindest mit kritischen Hinweisschildern versehen werden. Des  
27 Weiteren ist die Finanzierung von Linksextremisten aus öffentlichen Geldern zu  
28 unterbinden, besonders an den Universitäten. Wir setzen uns für eine intensivere  
29 Erforschung von Linksextremismus ein. Auch die zweite deutsche Diktatur und  
30 darüber hinaus weitere sozialistische Menschenrechtsverbrechen weltweit  
31 müssen Teil des Geschichtsunterrichts sein. Die politische Bildung muss  
32 Linksextremismus thematisieren und für davon ausgehende Probleme  
33 sensibilisieren. Als Gegenbild zum linksextremistischen Antifaschismus, der oft  
34 nur als Legitimation von Gewalt missbraucht wird, sehen wir es ebenso als  
35 wichtig an, dass sich Demokratinnen und Demokraten gegen Rechtsextremismus  
36 bekennen.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 22

## Antrag 008

**Betr.: Keine Haushaltsmittel für die Deutsche Umwelthilfe!**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass die  
2 Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) überprüft wird. Die  
3 FDP-Bundestagsfraktion soll darauf hinwirken, dass bereits etatisierte Mittel, die  
4 noch nicht verbindlich zugesagt wurden, mit einem Sperrvermerk versehen  
5 werden und in künftigen Haushalten keine Mittel mehr für die DUH etatisiert  
6 werden.

7 Damit einzelne Interessengruppen den Rechtsweg auch in Zukunft nicht länger  
8 als Machtinstrument missbrauchen können, fordern die Freien Demokraten  
9 Baden-Württemberg darüber hinaus die FDP-Bundestagsfraktion und die "Renew  
10 Europe"-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich für eine Reform des  
11 Verbandsklagerechts aus § 2 UmwRG und der zu Grunde liegenden Richtlinien  
12 einzusetzen. Dabei fordern wir insbesondere die Wiedereinführung der  
13 Präklusion.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 23

## Antrag 009

**Betr.: Ökobilanz - aber richtig!**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

- 1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg fordern die zuständigen
- 2 Gesetzgeber dazu auf, bei gesetzlichen Festlegungen, die sich am Ausstoß von
- 3 Schadstoffen an Kraftfahrzeugen orientieren – wie etwa der CO<sub>2</sub>-Grenzwert für
- 4 Fahrzeugflotten und die Besteuerung von Privat- und Firmenwagen gemäß ihrem
- 5 Emissionsausstoß – zusätzlich zur Nutzungsphase eines Fahrzeugs auch die
- 6 Phase der Energieträgerherstellung einzubeziehen. Bestehende gesetzliche
- 7 Regelungen sind entsprechend anzupassen oder neu zu fassen.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 24

## Antrag 010

**Betr.: Unfreiwilliges Passivrauchen für Kinder in Autos unterbinden!**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

- 1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg fordern ein Rauchverbot in Autos in
- 2 Beisein einer minderjährigen Person. Im Falle eines Verstoßes fordern wir ein
- 3 Bußgeld i.H.v. ca. 100€.



# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 25

## Antrag 011

**Betr.: Rettet die Leseratten!**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

1 In Deutschland wird immer weniger gelesen. Gerade unter junger Menschen ist  
2 das ein Problem. Für uns Freie Demokraten ist diese Entwicklung beunruhigend.  
3 Das Lesen von Büchern bildet auf vielen Ebenen. Es fördert die Kreativität, den  
4 Ausdruck und den Wortschatz der Leserinnen und Leser. Wir Liberale erkennen  
5 an, dass das Kulturgut Buch schützenswert ist und setzen uns daher für eine  
6 breit aufgestellte Leseförderung ein und fordern: Rettet die Leseratten!

### 7 **Am Anfang steht die Bildung**

8 Beginnen wollen wir bei den Kleinsten. Schon in der Grundschule muss ein  
9 stärkerer Fokus auf die Leseförderung gelegt werden als bisher. So sind  
10 Programme ins Leben zu rufen, die es Schulen und Grundschulen ermöglichen,  
11 mit einem eigenen Budget individuell über Angebote zur Leseförderung zu  
12 entscheiden. So können u.a. die Anschaffung oder Erweiterung von  
13 Schulbibliotheken und Autorenlesungen finanziert werden. Eine  
14 Mischfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen ist anzustreben. Lesen soll  
15 Spaß machen. Doch auf die Frage, wie Jugendlichen das Gros der im  
16 Deutschunterricht zu lesenden Bücher gefällt, wird die Antwort wohl recht  
17 ernüchternd ausfallen. So entsteht gerade keine Wertschätzung gegenüber  
18 Büchern, sondern vielmehr Abneigung. Deshalb muss dem Interesse der  
19 Schülerinnen und Schüler bei der Auswahl der im Unterricht zu behandelnden  
20 Literatur eine größere Bedeutung eingeräumt werden. Statt fester  
21 Lehrplanvorgaben, welches Buch wann zu lesen ist, sollen die Lehrerinnen und  
22 Lehrer künftig aus einer größeren Auswahl an Büchern wählen können.  
23 Entscheidend ist nicht das Wissen über ein konkretes Buch, sondern die  
24 Kompetenz Bücher unterschiedlicher Epochen und Genres analysieren und  
25 interpretieren zu können. In Deutschland leben ca. 2,3 Mio. Analphabeten und  
26 7,5 Mio. funktionale Analphabeten, d.h. Menschen, die zwar eigentlich lesen  
27 können, aber bei längeren Texten Schwierigkeiten bekommen. Bereits heute gibt  
28 es viele Hilfsangebote für Analphabeten, die es auszubauen gilt. So muss das  
29 Online-Lerntool „Ich will lernen“ dringend modernisiert und zusätzlich als App  
30 angeboten werden.

### 31 **Kulturelle Teilhabe unabhängig vom Einkommen**

32 Der Zugang zu Literatur muss Menschen aus allen Einkommensschichten  
33 offenstehen. Deshalb bedarf es einer flächendeckenden Versorgung mit  
34 öffentlich zugänglichen Bibliotheken, die ein breites Angebot bereitstellen und  
35 auch am Sonntag geöffnet haben. Der Zutritt sollte dabei grundsätzlich

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 26

36 gebührenfrei sein. Mögliche Leihgebühren sollten niedrig sein. Schließlich sollten  
37 Minderjährige sowie Schülerinnen und Schüler, Studierende und Azubis sollten  
38 von jeglichen Gebühren freigestellt werden. Auch der Kauf von Literatur muss  
39 erschwinglich sein. Preisbindungen bewirken jedoch das genaue Gegenteil. Wir  
40 Freie Demokraten schließen uns deshalb der Forderung der Monopolkommission  
41 an und fordern die Abschaffung der Buchpreisbindung. Die kulturpolitische  
42 Wirkung der Preisbindung ist nicht messbar. Anzunehmen ist vielmehr, dass  
43 durch die Einschränkung des Wettbewerbs die Entfaltung des Buchmarktes  
44 gehemmt wird. Und auch für die Weiterentwicklung des stationären Buchhandels,  
45 der aktuell unter Wettbewerbsnachteilen gegenüber dem Onlinehandel leidet,  
46 kann die Abschaffung der Buchpreisbindung förderlich sein. Dass das Kulturgut  
47 Buch auch ohne Preisbindung gedeihen kann, sehen wir unter anderem in  
48 Großbritannien und Schweden, wo stetig Bestseller produziert werden und  
49 erfolgreich exportiert werden. Wir Freie Demokraten wollen diesem Beispiel  
50 folgen! Nach der Abschaffung der Buchpreisbindung fordern wir die  
51 Bundesregierung auf, die Entwicklung des Büchermarktes zu beobachten und  
52 dem Bundestag jährlich Bericht zu erstatten. Dabei soll insbesondere die  
53 Preisentwicklung, die Anzahl und Genrevielfalt der Neuerscheinungen sowie die  
54 Entwicklung des Buchhandels untersucht werden.

55 70 Jahre nach dem Tod des Autors erlischt das Urheberrecht, womit Bücher  
56 gemeinfrei und von jedem beliebig veröffentlicht und vervielfältigt werden  
57 können. Deshalb wollen wir ein Online-Portal für gemeinfreie Bücher schaffen,  
58 auf dem diese in digitaler Form veröffentlicht und so für jeden einfach und  
59 kostenlos zugänglich werden.

### 60 **Leseratten brauchen Schreiberlinge**

61 Bevor ein Werk gelesen werden kann, muss es erst geschrieben werden.  
62 Deshalb muss, wer Literatur fördern will, auch Schreiberlinge fördern. Damit  
63 müssen wir in der Schule beginnen. Jedes Kind steckt voller Ideen, die nur  
64 darauf warten, sich entfalten zu können. Zu keinem Zeitpunkt der Schullaufbahn  
65 darf sich der Deutschunterricht nur auf die Beschäftigung mit fremden Texten  
66 beschränken. Kreatives Schreiben muss fester Bestandteil des  
67 Deutschunterrichts werden. Nach dem Vorbild der Mathematik-Olympiade wollen  
68 wir eine Literatur-Olympiade schaffen, die jährlich stattfindet und  
69 Einzelwettbewerbe –in den Disziplinen Lesen und Schreiben –in einer Vielzahl  
70 literarischer Genres umfasst. Schließlich wollen wir ansonsten finanziell und  
71 inhaltlich unabhängige Schülerzeitungen materiell fördern. Mit der Umsetzung  
72 des Digitalpakts kann interessierten Schulen die notwendige Hard- und Software  
73 bereitgestellt werden, um hochwertige digitale Zeitschriften anfertigen zu können.  
74 Zudem wollen wir dafür werben, dass an den Schulen Workshops angeboten  
75 werden, die den Schülerinnen und Schülern nicht nur den Umgang mit dieser  
76 Software vermitteln, sondern auch journalistische Kenntnisse näherbringen sollen.  
77 Hierfür sind Kooperationen mit Zeitungsverlagen in den Kommunen anzustreben.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 27

## Antrag 012

**Betr.: Kinder früher fördern – verpflichtender Orientierungsplan!**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg bekennen sich zur frühkindlichen  
2 Bildung als zentrale Grundlage für ein späteres selbstbestimmtes und erfülltes  
3 Leben. Daher wollen wir Kindertagesstätten striktere Vorgaben machen und die  
4 Sprachförderung verbessern.

5 Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung für die  
6 baden-württembergischen Kindergärten, herausgegeben vom Kultusministerium,  
7 gibt einen Rahmen für die in Kindertagesstätten zu erreichende Entwicklung von  
8 Kindern bis zur Schulfähigkeit vor. In vielen Kindertageseinrichtungen wird dieser  
9 Orientierungsplan nicht eingehalten, da er nicht bindend ist. Das führt dazu, dass  
10 viele Kinder nicht adäquat gefördert werden. Die Jungen Liberalen  
11 Baden-Württemberg fordern deshalb, den „Orientierungsplan für  
12 Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg“ verbindlich zu machen.

13 Zur pädagogischen Arbeit in diesen Feldern werden vom Orientierungsplan  
14 Impulse und Hilfestellungen für einen förderlichen Umgang mit den Kindern  
15 vorgegeben. Diese Impulsfragen wollen wir detaillierter gestalten, um den  
16 Erziehern einen konkreteren Rahmen zur Förderung der Kinder zu geben.

17 Mit der Intensiven Sprachförderung in Kindertagesstätten (ISK) werden jeweils  
18 3-5 Kinder mit besonderem Sprachförderungsbedarf in einer Kleingruppe gezielt  
19 und individuell in ihrer Sprachentwicklung unterstützt. Hierfür stehen pro Gruppe  
20 120 Betreuungsstunden im Jahr zur Verfügung, die aus unserer Sicht viel zu  
21 knapp bemessen sind, um Kindern die notwendige Förderung bieten zu können.  
22 Wir fordern, diese auf 200 Stunden im Jahr pro Gruppe zu erhöhen. Diese  
23 Erhöhung der Stundenanzahl soll vom Land finanziert werden, da die  
24 Kommunen dies finanziell nicht alleine stemmen können.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 28

## Antrag 013

**Betr.: Versorgung im ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Bereich**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

1 Die Versorgungslage im ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen  
2 Bereich ist nicht hinnehmbar. Obwohl in Baden-Württemberg alle  
3 kassenärztlichen Zulassungen gemäß der Bedarfsplanung vergeben sind, warten  
4 Patienten durchschnittlich 6 Wochen auf einen Termin bei einem Psychiater und  
5 6-9 Monate auf einen Psychotherapieplatz<sup>1</sup>. Zeit, in der sich Erkrankungen  
6 verschlimmern und chronifizieren, Menschen krankgeschrieben sind,  
7 arbeitsunfähig werden oder sich suizidieren. Da dieser planwirtschaftliche Ansatz  
8 offensichtlich schon lange gescheitert ist und die Menschen mit ihrer Krankheit  
9 alleine lässt, fordern wir eine umfassende Reform.

### 10 **Maßnahmen zur Verkürzung der Wartezeiten**

11 Zukünftig soll jeder Psychotherapeut und Kinder- und Jugendpsychotherapeut  
12 sofort nach der Approbation (im derzeitigen System) oder Abschluss seiner  
13 Weiterbildung (im neu geforderten System, siehe unten) seine kassenärztliche  
14 Zulassung erhalten. Gleiches gilt für Fachärzte für Psychiatrie und  
15 Psychotherapie nach der Eintragung in das Facharztregister. Förderprogramme,  
16 die Psychotherapeuten zur Niederlassung anregen, sollen eingerichtet werden  
17 und laufen, bis die Wartezeit auf einen Therapieplatz unter drei Monaten liegt.  
18 Kommunikation mit den Terminservicestellen muss auch barrierefrei möglich sein,  
19 ihre Bekanntheit muss sichergestellt werden.

20 Kurzfristig wird diese Verbesserung der Versorgung zusätzliche Kosten  
21 verursachen. Langfristig ist sie jedoch gesamtwirtschaftlich vorteilhaft, da es  
22 weniger Arbeitsausfälle und Arbeitsunfähigkeit gibt.

23 Auch im Bereich der Psychotherapie ist es Zeit, in der Gegenwart anzukommen.  
24 Psychotherapie per Videoübertragung muss bei Sicherstellung des  
25 Datenschutzes und der Datensicherheit erlaubt werden und mit den  
26 Krankenkassen abgerechnet werden können.

### 27 **Prävention und Aufklärung**

28 Die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen führt dazu, dass Menschen zu  
29 spät eine Behandlung beginnen, unter Diskriminierung leiden und langsamer  
30 genesen. Das, obwohl ein Viertel der Bevölkerung im Laufe ihres Lebens eine  
31 behandlungsbedürftige psychische Erkrankung entwickelt<sup>2</sup>. Daher fordern wir  
32 eine Aufklärung über psychische Gesundheit in der Schule. Dies soll in den  
33 Jahrgangslehrplan der 8. Klasse eingefügt werden. Erste Ansprechpartner bei

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 29

34 psychischen Problemen sind meist die Hausärzte. Sie sollen weiter für dieses  
35 Thema sensibilisiert werden, da sich psychische Erkrankungen oft als somatische  
36 Beschwerden manifestieren und nicht zuverlässig erkannt werden. Des Weiteren  
37 fordern wir eine umfassende Kampagne der BZgA3 zur Aufklärung und  
38 Entstigmatisierung.

39 Der behandelnde Arzt und Psychotherapeut kann dem Patienten zwar helfen –  
40 die Verantwortung für seine Gesundheit und den Genesungsprozess trägt  
41 jedoch jeder Patient selbst. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können  
42 und ein mündiger Patient sein zu können, fordern wir mehr Aufklärung über die  
43 Erkrankung, Medikamente und Psychotherapie durch die Behandelnden.

### 44 **Ausbildung der psychologischen Psychotherapeuten**

45 Wir fordern eine Überarbeitung des Psychotherapeutengesetzes. Bisher  
46 studieren psychologische Psychotherapeuten fünf Jahre Psychologie, Kinder-  
47 und Jugendpsychologen studieren zunächst drei Jahre Psychologie, Pädagogik  
48 oder Sozialpädagogik. Daran schließt sich eine Ausbildung an, die in Vollzeit drei  
49 Jahre, in Teilzeit fünf Jahre dauert. Sie kostet etwa 30.000 Euro<sup>4</sup>, darin ist der  
50 Arbeitsausfall noch nicht eingerechnet. Die Psychotherapeuten in Ausbildung  
51 werden für den praktischen Teil der Ausbildung häufig als unvergütete oder  
52 schlecht vergütete Pflichtpraktikanten mit geringem Arbeitnehmerschutz  
53 angestellt.

54 Nach dem Bachelor in Psychologie bzw. Psychologie, Pädagogik,  
55 Sozialpädagogik soll ein Psychotherapiemaster anschließen, der den  
56 theoretischen Teil der bisherigen Ausbildung abdeckt und in dem erste  
57 praktische Erfahrungen gesammelt werden. Der Masterstudiengang soll mit  
58 Approbation abschließen. Der praktische Teil folgt in einer Weiterbildung, bei der  
59 eine Festlegung auf eine Therapieform erfolgt und nach der sich der Therapeut  
60 beispielsweise „Psychologischer Fachtherapeut für Kognitive Verhaltenstherapie“  
61 nennen darf.

62 Supervision muss für die Auszubildenden gewährleistet sein und jede  
63 ausbildende Einrichtung einen Ansprechpartner für die Therapeuten in  
64 Weiterbildung benennen. Die weiteren Umstände sollen die Landeskammern der  
65 psychologischen Psychotherapeuten in einer Weiterbildungsordnung klären.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 30

## Antrag 014

**Betr.: Rettet die Memes - Urheberrechtsrichtlinie filtern**

**Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg**

1 Die Meinungsfreiheit ist eines der höchsten Güter jeder liberalen Demokratie. Mit  
2 Etablierung des Internets als eines der zentralen Organe der freien  
3 Meinungsäußerung ergeben sich für die Meinungsfreiheit zahlreiche nie  
4 dagewesene Probleme. Das neueste dieser Probleme ist die vom Europäischen  
5 Parlament beschlossene Einführung von Upload-Filtern sowie die Veränderung  
6 des Leistungsschutzrechts im Rahmen einer Urheberrechtsreform. Während  
7 vergangene Versuche, das Leistungsschutzrecht auf nationaler Ebene zu  
8 reformieren, sich als bestenfalls wirkungslos, tendenziell aber kontraproduktiv  
9 herausgestellt haben, ist eine Zensur des Internets durch Upload-Filter für die  
10 Freien Demokraten vollkommen inakzeptabel. Die Freien Demokraten sehen die  
11 sich abzeichnende, EU-weite Einführung von Upload-Filtern im Zuge der  
12 beschlossenen Urheberrechtsrichtlinie als erhebliche Beschneidung des  
13 Grundrechts auf Meinungsäußerungsfreiheit. Wir fordern die  
14 FDP-Bundestagsfraktion und die "Renew Europe"-Fraktion im Europäischen  
15 Parlament dazu auf, sämtliche rechtlichen Instrumente, die die Regelungen  
16 beseitigen können, schnellstmöglich umfassend zu prüfen und im Falle ihrer  
17 Zulässigkeit konsequent zu ergreifen. Dass es überhaupt so weit kommen konnte,  
18 liegt neben der fehlenden Repräsentation des Themas im politischen Diskurs  
19 auch an der mangelnden Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Die Freien  
20 Demokraten Baden-Württemberg sehen die Notwendigkeit, diese Verletzung  
21 eines der wichtigsten Grundrechte in der Öffentlichkeit anzuprangern.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 31

## Antrag 015

**Betr.: Schützen durch Nützen – Unsere artenreichen Kulturlandschaften brauchen eine nachhaltige Bewirtschaftung**

**Antragsteller: FDP-Kreisverband Ludwigsburg, Judith Skudelny**

1 **Schützen durch Nützen – Unsere artenreichen**  
2 **Kulturlandschaften brauchen eine nachhaltige**  
3 **Bewirtschaftung**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 Wir Freie Demokraten setzen uns für den Schutz von Artenvielfalt, natürlichen  
6 Lebensgrundlagen sowie von Schönheit und Eigenart der Natur ein. Dabei ist es  
7 falsch, den Menschen als ausschließliche Bedrohung und Gegenspieler der Natur  
8 einseitig darzustellen, ganz im Gegenteil: Der menschliche Einfluss hat neben  
9 seiner konsumierenden Rolle immer auch schon kreative und positive Einflüsse  
10 auf die Vielfalt der Lebensräume gehabt.

11 Die Schätze der Artenvielfalt in Deutschland finden sich heute keineswegs  
12 vorrangig in unberührter Wildnis. Viele der wichtigsten Zentren der natürlichen  
13 Vielfalt sind vielmehr durch menschliche Bewirtschaftung geformte Biotope. Diese  
14 reichen von den Wacholderheiden der Schwäbischen Alb und der Eifel über die  
15 ausgedehnten Alleen-Landschaften Vorpommerns, das industriell geschaffene  
16 Mitteldeutsche Seenland und die Hutewald-Landschaft des hessischen  
17 Reinhardswaldes bis hin zu den Almen Oberbayerns. Auf den Streuobstwiesen,  
18 die sich in fast allen deutschen Mittelgebirgen finden, tummeln sich weit mehr als  
19 3.000 Arten. Ob an Neckar, Enz, Tauber, Rhein, Main, Mosel, Ahr, Saale oder  
20 Unstrut – die Weinbau-Steillagen samt Trockenmauern bieten ein einmaliges  
21 Mikroklima, das nicht nur den edlen Tropfen, sondern auch wärmeliebenden Tier-  
22 und Pflanzenarten zugutekommt. Offen gelassene Steinbrüche und Kiesgruben  
23 sind vielerorts amphibienreiche Biotope. Nicht zuletzt Vorgärten, Hecken und  
24 innerstädtische Kleingartenanlagen bieten Zuflucht für zahlreiche Insekten, Vögel  
25 und Fledermäuse.

26 Nutzung schafft Raum für Vielfalt: Ohne jegliche Nutzung durch Land- und  
27 Forstwirtschaft, Wein-, Obst- und Gartenbau würden weite Teile Deutschlands  
28 nach einer Phase der Verbuschung der Wiederbewaldung durch  
29 Buchen-dominierte Mischwälder anheimfallen. Vor allem für die artenreichen  
30 Offenland-Lebensräume und die darin lebenden Tier- und Pflanzenarten wäre  
31 dies verheerend. Die vermeintliche Alternative zur aktiven Bewirtschaftung wäre

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 32

32 eine flächendeckend durch die Steuerzahler/innen finanzierte Landschaftspflege.  
33 Was dies konkret an Kosten verursachen würde, lässt sich schon heute leicht  
34 anhand der Verrechnungssätze von Landschaftspflegedienstleistern kalkulieren,  
35 die je nach Handarbeitsanteil bzw. Mechanisierbarkeit mehrere Tausend Euro je  
36 Jahr und Hektar veranschlagen. Zum Vergleich: Die flächenbezogenen  
37 Direktzahlungen im Rahmen der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik  
38 liegen derzeit zwischen 257,42 Euro (Basis- und Greening-Prämie) und 345,00  
39 Euro je Hektar (bei maximalem Zuschlag der auf fünf Jahre sowie auf 90 Hektar  
40 begrenzten Junglandwirte-Förderung und der maximalen Umverteilungsprämie  
41 für die ersten 30 Hektare). Kurzum: Wer eine Landwirtschaft ohne jegliche  
42 Förderung fordert, muss erklären, wie die Erhaltung unserer arten- und  
43 strukturreichen Kulturlandschaften finanziert werden soll.

44 An Stelle eines Ansatzes aus möglichst flächiger Konservierung und  
45 Renaturierung muss liberaler Natur- und Artenschutz den Menschen und seine  
46 nachhaltigen Formen der Nutzung und Pflege der Kulturlandschaften daher als  
47 aktives, pflegendes und gestaltendes Element anerkennen und mitdenken. Dabei  
48 sind natürliche Schutzgüter, legitime Nutzungsinteressen und das Recht am  
49 Eigentum bestmöglich in Einklang zu bringen. Der Hauptzweck der Land- und  
50 Forstwirtschaft, nämlich die Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden  
51 Rohstoffen, darf dabei nicht in den Hintergrund treten. Denn durch das  
52 Aussperren des Menschen aus weiten Teilen der Landschaft sind die oben  
53 genannten Lebensräume langfristig nicht zu erhalten.

54 Die Freien Demokraten bekennen sich daher auch entschieden zum Schutz des  
55 Erholungswertes von Natur und Landschaft im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 3 des  
56 Bundesnaturschutzgesetzes. Die verantwortungsbewusste Nutzung der Natur zu  
57 Erholung, sei es beim Wandern, Campen, Angeln oder bei Jagd und Hege steht  
58 für uns neben der Erhaltung der Biodiversität im Zentrum des Naturschutzes. Für  
59 uns Freie Demokraten hat der kooperative Vertragsnaturschutz immer Vorrang  
60 vor der starren ordnungsrechtlichen Ausweisung von Schutzgebieten. Auf land-  
61 und forstwirtschaftlichen Nutzflächen sollte zudem immer produktionsintegrierte  
62 Maßnahmen Priorität vor Flächenstilllegungen und Prozessschutz haben.

63 Ein zweiter großer Zielkonflikt neben jenem zwischen dem Schutz des  
64 Eigentums und dem Schutz der Natur ergibt sich zwischen dem Natur- und  
65 Artenschutz und dem Klimaschutz. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist  
66 flächenintensiv und zum Teil mit erheblichen Eingriffen in den Naturhaushalt  
67 verbunden. Wir Freien Demokraten unterstreichen, dass die Planungsträger und  
68 zuständigen Genehmigungsbehörden in jedem Fall zwischen dem jeweiligen  
69 energiewirtschaftlichen Nutzen und dem konkreten Eingriff in die Natur abwägen  
70 müssen. Vor allem bei Kleinwasserkraftanlagen mit massiven Querbauwerken  
71 und bei landschaftsdominierenden Windrädern in Schwachwindgebieten sollte  
72 dies bei Genehmigungsverfahren kritisch geprüft werden.

73 Ein dritter großer Zielkonflikt des Natur- und Artenschutzes fußt in ihm selbst.  
74 Menschliche Bewirtschaftungsformen müssen, soweit sie für die Erhaltung



# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 33

75 bestimmter, artenreicher Lebensräume von Bedeutung sind, selbst Anerkennung  
76 als Schutzgut erfahren. So tut sich derzeit mit Blick auf den auch nach  
77 Süddeutschland zurückgekehrten Wolf die Frage auf, wie die ökologisch  
78 wichtige, extensive Beweidung der Kulturlandschaften wirtschaftlich noch  
79 darstellbar sein soll, wenn die Material- und Arbeitskosten für den Herdenschutz  
80 immer weiter ansteigen – gerade in topographisch anspruchsvollen Regionen  
81 wie Schwarzwald oder Allgäu sowie bei der für den Hochwasser- und  
82 Küstenschutz wichtigen Beweidung der Deiche. Ähnliche Konflikte gibt es mit  
83 Blick auf den Biber, der an nicht wenigen Fließgewässern nachhaltige Formen  
84 der Land- und Forstwirtschaft bedroht. Auch teure und arbeitsintensive  
85 Besatzmaßnahmen zum Zweck des Fischartenschutzes an Gewässern ergeben  
86 wenig Sinn, wenn der Fraßdruck örtlicher Kormoranpopulationen sämtliche  
87 Bemühungen zunichtemacht. Das forstwirtschaftliche Offenhalten von  
88 Lebensräumen für das Auerwild oder die landwirtschaftliche Pflege von  
89 Lerchenfenstern sind kaum zielführend, wenn die örtliche Fuchspopulation nicht  
90 zeitgleich reguliert wird. Auch invasiven, räuberischen Arten wie dem Waschbär  
91 muss der Mensch zum Schutz heimischer Arten entgegen treten. Ein liberaler  
92 Schutz anthropogener Kulturlandschaften und ökologisch wichtiger  
93 Bewirtschaftungsformen schließt daher die Möglichkeiten eines jagdlichen  
94 Prädatoren-Managements ausdrücklich ein.

## 95 **Wir Freien Demokraten fordern daher:**

- 96 • Die bestehende Förderstruktur der Gemeinsamen Agrarpolitik der  
97 Europäischen Union muss im Sinne wirksamer Anreize zum Schutz und zur  
98 Förderung der Artenvielfalt weiterentwickelt werden. Alle Jahre wieder  
99 kehrende Grundsatzdebatten über eine Ablösung der seit 1999  
100 bestehenden Zwei-Säulen-Struktur haben die GAP umweltpolitisch nicht  
101 voran gebracht. Stattdessen setzen wir auf eine praktikablere,  
102 bürokratieärmere und subsidiäre Umsetzung in den Mitgliedsstaaten. Die  
103 Ablösung der Bürokratie aus Cross-Compliance- und Greening-Auflagen in  
104 der ersten Säule durch die neuen, national zu gestaltenden Eco Schemes  
105 ist daher zu begrüßen.
- 106 • Im Rahmen der Eco Schemes wollen wir die Direktzahlungen möglichst  
107 bürokratiearm an Rückzugs- und Lebensräume für Offenlandarten und  
108 Bodenbrüter koppeln. Dies soll, in Abhängigkeit der künftigen  
109 Ausgestaltung der Grundpflichten und nach standortgerechter Beratung,  
110 beispielsweise in Form von Rotationsbrachen, Lichtäckern,  
111 Lerchenfenstern, modifizierten Stoppelbrachen von Getreide- und  
112 Rapsfeldern oder durch den Anbau von Zwischenfrüchten umsetzbar sein.  
113 Das übergeordnete Ziel muss sein, für bedrohte Arten Lebensraumlücken  
114 im Jahreszyklus zu schließen. Um die vielfältigen Förderinstrumente  
115 passgenau und wirksam auf die Fläche zu bekommen, wollen wir die  
116 Entwicklung entsprechender Beratungsnetze vorantreiben.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 34

- 117 • Es hat sich als wenig sinnvoll erwiesen, bei Antragsstellungen ultraexakte  
118 Flächenangaben zu fordern. Dies schreckt ab. Schon die bisherigen  
119 Erfahrungen mit den unterschiedlichen Anrechnungsfaktoren verschiedener  
120 Streifenelemente beim Greening haben gezeigt, dass die Vorgabe bei der  
121 Antragsstellung, Flächen quadratmetergenau anzugeben, wegen des  
122 Bürokratieaufwands und wegen des Mangels an Rechtssicherheit sinnvolle  
123 Maßnahmen wie die Förderung von Saumstrukturen oder Feldrainen  
124 blockiert. Auch stehen Kontrolltiefe und -aufwand bei Erfassungen bis zur  
125 vierten Stelle hinter dem Komma in keinem vernünftigen Verhältnis zu  
126 möglichen Zahlungsabweichungen.
- 127 • Die Mindesttätigkeit nach § 2 der  
128 Direktzahlungen-Durchführungsverordnung des Bundes soll zugunsten des  
129 Artenschutzes angepasst werden. Das für den Bezug der europäischen  
130 Direktzahlungen erforderliche jährliche Abmähen bzw. Mulchen auf  
131 stillgelegten Acker- oder Dauergrünlandflächen ist derzeit nach den  
132 Standards zur Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in „gutem  
133 landwirtschaftlichen und ökologischem Zustand“ von 1. April bis 30. Juni  
134 untersagt. Zum Schutz von Bodenbrüter-Gelegen wollen wir diesen  
135 Zeitraum bis Mitte August erweitern. Zudem soll die Möglichkeit von  
136 Ausnahmegenehmigungen, die es den unteren Landwirtschaftsbehörden  
137 ermöglicht, die jährliche Mindesttätigkeit aus naturschutzfachlichen Gründen  
138 auszusetzen, entbürokratisiert und flexibilisiert werden.
- 139 • In den Ländern wollen wir über die Programme der zweiten Säule die  
140 Förderung mehrjähriger Blühstreifen und Buntbrachen vorantreiben, um  
141 Nahrung und Lebensräume für Insekten zu sichern. Wir setzen uns dafür  
142 ein, im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und  
143 Küstenschutz (GAK) die Nutzung des Aufwuchses mehrjähriger Blühflächen  
144 außerhalb der Brut- und Setzzeiten zu ermöglichen, um auf diese Weise  
145 mehrjährige Mischkulturen mit Wildpflanzen als Alternative zu Energiemais  
146 zu stärken.
- 147 • Digitale Präzision ist in der Landwirtschaft eine große Chance, die genutzt  
148 werden sollte. Bei der Reduktion von Umweltbelastungen durch die Land-  
149 und Forstwirtschaft lehnen wir eine ordnungsrechtliche Verbotskultur ab.  
150 Schon die unflexiblen Sperrzeiten der Düngeverordnung zeigen, dass  
151 starre Verbote je nach Witterungslage sogar kontraproduktiv wirken. Wir  
152 wollen Minderungsziele, vor allem mit Blick auf Insektizide, Herbizide und  
153 Düngemittel, stattdessen im Sinne unseres Leitbildes vom Blauen  
154 Wachstum durch technologischen Fortschritt erreichen. Durch die  
155 gebührenfreie Bereitstellung hochpräziser, satellitengestützter Geo- und  
156 Positionsdaten (z.B. SAPOS-HEPS) und die Förderung von  
157 Echtzeit-Kinematik-Anwendungen im Rahmen der zweiten Säule können  
158 die Länder der digitalen Präzisionslandwirtschaft zum Durchbruch  
159 verhelfen. Durch sie entsteht für Landwirtschaft und Natur eine  
160 Win-Win-Situation: Nicht nur Umweltbelastungen werden durch die

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 35

- 161 hochpräzise Ausbringung verringert, sondern auch der Verbrauch von  
162 Betriebsmitteln.
- 163 • Neben der Forcierung der guten fachlichen Praxis und des Integrierten  
164 Pflanzenschutzes in Forschung, Ausbildung und Sachkunde-Fortbildungen  
165 sehen wir große Chancen infolge der sogenannten Neuen  
166 Züchtungstechniken (Genome-Editing). Die Züchtung von Kulturpflanzen  
167 mit neuen Resistenzen kann dazu beitragen, den Bedarf an synthetischen  
168 Pflanzenschutzmitteln in der konventionellen Landwirtschaft wie auch den  
169 Bedarf an umweltbelastenden Pflanzenstärkungsmittel im Ökolandbau, z.B.  
170 hinsichtlich der Schwermetallverbindung Kupfersulfat, drastisch zu  
171 verringern. Der veraltete Europäische Rechtsrahmen für die Grüne  
172 Gentechnik muss daher vollständig neu geordnet und dem Stand von  
173 Wissenschaft und Forschung angepasst werden. Der Öffentlichkeit muss im  
174 Sinne des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von  
175 Pflanzenschutzmitteln zudem vermittelt werden, dass die Zulassung einer  
176 möglichst breiten Palette von Wirkstoffen für jedes Einsatzgebiet des  
177 Pflanzenschutzes keineswegs im Gegensatz zum Ziel steht, den  
178 Gesamtverbrauch von Pflanzenschutzmitteln mengenmäßig zu reduzieren.  
179 Eine breite Verfügbarkeit zugelassener Wirkstoffe ist vielmehr  
180 Voraussetzung für ein nachhaltiges und praktikables  
181 Resistenzmanagement. Für jeden Verwendungszweck des  
182 Pflanzenschutzes sollte daher die Zulassung von mindestens drei  
183 verschiedenen Wirkstoffen angestrebt werden.
  - 184 • Wir wollen den Kampf um die Flächen beenden: Die Konkurrenz zwischen  
185 naturschutzrechtlichen und baurechtlichen Ausgleichsmaßnahmen auf der  
186 einen Seite und der Erhaltung landwirtschaftlicher Nutzflächen auf der  
187 anderen Seite muss aufgelöst werden. Erstens darf es nicht sein, dass die  
188 Landwirtschaft doppelt unter dem Flächenverbrauch durch den wieder  
189 zunehmenden Siedlungsdruck leidet und zweitens bedrohen  
190 flächenintensive Ausgleichsmaßnahmen ohne dauerhafte Pflege auch  
191 wertvolle Offenland-Räume. Bund und Länder sollen daher einen  
192 abermaligen Anlauf für eine bundeseinheitliche Kompensationsverordnung  
193 nehmen, die wirksam und in allen 16 Ländern vergleichbar dafür sorgt,  
194 Ausgleichsmaßnahmen und Flächenverbrauch durch produktionsintegrierte  
195 Kompensationsmaßnahmen in Land- und Forstwirtschaft zu entkoppeln.  
196 Der Katalog anrechenbarer Kompensationsmaßnahmen soll dazu beitragen,  
197 strukturreiche Agrarlandschaften zu bewahren und gegebenenfalls  
198 wiederherzustellen. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, das  
199 sogenannte Ersatzgeld anderen Instrumenten der Kompensation  
200 gleichzustellen. Dabei wird zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden  
201 Geld gezahlt, das in bedeutende Maßnahmen des Naturschutzes im  
202 gleichen Naturraum investiert wird und den Schwerpunkt auf Qualität statt  
203 auf Quantität legt. Das Ausräumen von Feldholzinseln, Alleen, Hecken,  
204 Waldmänteln, Strauchgürteln, Blühflächen oder auch insektenreichen  
205 Feuchtbiotopen aus der Landschaft soll auf diese Weise gestoppt werden.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 36

- 206 Zudem sollte der Bund auf Grundlage des von der schwarz-gelben  
207 Bundesregierung angestoßenen „Planspiels Flächenhandel“ ein Modell für  
208 Flächenverbrauchszertifikate entwickeln, um einen marktwirtschaftlichen  
209 Anreiz für flächensparende Kommunalentwicklung zu setzen.
- 210 • Die von der schwarz-gelben Bundesregierung (2009-2013) ins Leben  
211 gerufenen Bundesprogramme „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“  
212 sollen fortgeführt und ausgebaut werden. Im Programm „Biologische  
213 Vielfalt“ wollen wir vor allem den Förderschwerpunkt „Sichern von  
214 Ökosystemdienstleistungen“ weiterentwickeln, um den Schutz von  
215 Bestäubern voranzubringen sowie nachhaltige Rohstoff- und  
216 Nährstoffkreisläufe der Bioökonomie zu entwickeln.
  - 217 • Reine Prozentzahlen sind blind: Das Ziel der Nationalen Strategie zur  
218 biologischen Vielfalt, bis 2020 fünf Prozent der Waldfläche dem  
219 Prozessschutz zu unterstellen und einer natürlichen Waldentwicklung zu  
220 überlassen gehört mit Blick auf den Klimaschutz und die Ziele der  
221 Bioökonomie auf den Prüfstand. Denn bewirtschaftete Wälder in  
222 Verbindung mit einer verstärkten stofflichen Holznutzung bieten langfristig  
223 die besten Effekte zur klimafreundlichen Kohlenstoffbindung  
224 (Produktspeicher). Auch führt eine Verknappung nachwachsender  
225 Rohstoffe im eigenen Land keineswegs zu einem Nachfragerückgang,  
226 sondern allenfalls zu Verlagerungseffekten samt all ihren ökologischen  
227 Folgen. Dem Artenschutz kann auch mit der flächendeckenden Umsetzung  
228 von Alt- und Totholzkonzepten Rechnung getragen werden, ohne dass  
229 ganze Waldgebiete wie Inseln aus der Nutzung genommen werden.
  - 230 • Die landwirtschaftlichen Anstalten der Länder sowie die Forschungsinstitute  
231 im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und  
232 Landwirtschaft können und sollen verstärkt zur Erforschung alternativer  
233 land- und forstwirtschaftlicher Produktionssysteme wie Agroforstsystemen,  
234 nachhaltigen Dauerkulturen oder Mischkulturen beitragen. Auch wenn  
235 derartige Produktionssysteme sich nicht als wirtschaftliches Massenmodell  
236 erweisen, können sie im Sinne eines vielfältigen Baukastensystems zu  
237 einer ökologisch wie ökonomisch sinnvollen Diversifizierung  
238 landwirtschaftlicher Kulturen beitragen.
  - 239 • Klare und bessere Angaben bei der Regionalvermarktung: In den Ländern  
240 setzen wir uns für die marktwirtschaftliche In-Wert-Setzung der Erzeugnisse  
241 aus ökologisch bedeutsamen Anbausystemen ein. Die zuständigen  
242 Landesbehörden sollen Erzeugerringe als potenzielle  
243 Schutzgemeinschaften bei der Beantragung europarechtlich geschützter  
244 Herkunftsbezeichnungen wie geschützter Ursprungsbezeichnungen (g.U.),  
245 geschützter geographischer Angaben (g.g.A.) und garantiert traditioneller  
246 Spezialitäten (g.t.S.) beratend begleiten. Die Agrarfördergesellschaften der  
247 Länder sollen die entsprechenden Schutzgemeinschaften zudem beim  
248 Aufbau eines professionellen Marketings begleiten. Es ist beispielsweise  
249 mit Blick auf Streuobstwiesen oder terrassierte Weinbau-Steillagen  
250 sinnvoller Marken zu kreieren, um den Absatz der Erzeugnisse zu fördern,

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 37

- 251 als lokalen Aufpreis-Initiativen über Landschaftserhaltungsverbände immer  
252 höhere Förderbeträge zu gewähren.
- 253 • Bund und Länder müssen ein wirksames Prädatoren-Management  
254 ermöglichen: Kormoran, Fuchs, Wolf oder auch invasive, räuberische Arten  
255 wie der Waschbär unterliegen in Kulturlandschaften eben nicht  
256 zwangsläufig einer natürlichen Regulierung. Restriktive Regelungen der  
257 Landesjagdgesetze zur Fang- und Fallenjagd, ideologisch motivierten  
258 Schonzeiten oder auch Beschränkungen der Jungfuchsbejagung sind daher  
259 zu überprüfen und anzupassen. Der Bundesgesetzgeber sollte  
260 diesbezüglich über das Bundesjagdgesetz für mehr Einheitlichkeit sorgen.  
261 Denn Waschbären und Füchse kennen keine Ländergrenzen.
  - 262 • Schutz muss auf der Höhe der Zeit bleiben: Mittelfristig ist in der  
263 Europäischen Union ein abermaliger REFIT-Prozess zu den Natura  
264 2000-Richtlinien anzustreben. Die Vogelschutzrichtlinie und die  
265 Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) brauchen eine  
266 Dynamisierung. Dies betrifft sowohl die regelmäßige (Neu-) Zuweisung  
267 bestimmter Arten zu den unterschiedlichen Schutzkategorien als auch die  
268 Flächenkartierungen. So sollte zum Beispiel unserer Auffassung nach  
269 endlich geprüft werden, wann eine Überführung des Bibers und des Wolfes  
270 sowie perspektivisch auch des Luchses aus dem strengen Schutz des  
271 Anhangs IV in ein flexibleres Schutzmanagement nach Anhang V der  
272 FFH-Richtlinie vorgenommen werden kann. Auch die Hürden für ein  
273 wirksames Kormoranmanagement zum Zwecke des Fischartenschutzes  
274 gehören im Zusammenhang mit der Vogelschutzrichtlinie auf den  
275 Prüfstand. Hinsichtlich kartierter Flächen sollte es in beiden Richtlinien eine  
276 klare und einheitliche Regelung geben, wie, zum Beispiel infolge natürlicher  
277 Verlagerungen von Habitaten, funktionslos gewordene Flächen wieder aus  
278 dem Schutzregime entlassen werden können. Darüber hinaus muss eine  
279 praktikable Lösung für den systematischen Fehlanreiz in FFH-Gebieten  
280 gefunden werden, der in der Land- und Forstwirtschaft als „Fluch der guten  
281 Tat“ bekannt ist: Allzu oft wird von leicht umzusetzenden ökologischen  
282 Aufwertungsmaßnahmen abgesehen, weil die Grundeigentümer sich infolge  
283 des Verschlechterungsverbots vor teuren Folgekosten bei  
284 Pflegemaßnahmen fürchten. Das starre Verschlechterungsverbot nach Art.  
285 6 Abs. 2 der FFH-Richtlinie steht in der Praxis somit heute vielen nahe  
286 liegenden Maßnahmen der Artenschutzes im Wege.
  - 287 • Die Zielsetzungen des „Weißbuches Stadtgrün“ der Bundesregierung sind  
288 praxisnah umzusetzen. Natur- und Artenschutz sowie unser Leitsatz  
289 „Schützen durch Nützen“ beschränken sich nicht auf ländliche Räume. Die  
290 grüne Infrastruktur aus Parks, Grünflächen, Kleingärten und  
291 Kaltluftschneisen gehört heute genauso zum urbanen Artenschutz wie auch  
292 zur Vorbeugung gegen eine sommerliche Überhitzung der Innenstädte. Wo  
293 Kleingartenanlagen der innerstädtischen Entwicklung weichen müssen,  
294 setzen wir Freien Demokraten uns kommunalpolitisch für adäquaten Ersatz  
295 und entsprechende Neuausweisungen ein. Denn Kleingärten weisen mit

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 38

296 mehr als 2.000 Arten üblicherweise eine höhere Biodiversität als die  
297 meisten Parks auf und bieten zugleich einen hohen Naherholungswert. Um  
298 den Bürgerinnen und Bürgern die Pflege der Kleingärten zu erleichtern,  
299 werben wir in den Kommunen für eine unbürokratische  
300 Genehmigungspraxis beim Gewächshausbau.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 39

## Antrag L001

**Betr.: Lust auf Innenstadt – Ideen für lebenswerte Innenstädte**

**Antragsteller: Landesvorstand**

### 1 Lust auf Innenstadt – Ideen für lebenswerte Innenstädte

#### 2 1.Einleitung

3 Die Innenstadt ist das Herz jeder Gemeinde. Sie soll Treffpunkt sein, die  
4 Gemeinde repräsentieren, sie soll lebendig sein und zentraler Identifikationspunkt  
5 für eine aktive Bürgergesellschaft sein. Sie soll Zentrum eines florierenden  
6 Einzelhandels sein, sie soll Kultur und Gastronomie inspirieren, sie soll  
7 Flaniermeile sein und jungen Menschen, Familien und Senioren Möglichkeiten  
8 des Zusammenfindens und der Entfaltung bieten. Sie soll eigene Traditionen  
9 ausleben und offen sein für Neues, sie soll Mobilität ermöglichen, gut erreichbar  
10 sein, Platz zur Entspannung bieten. Um diese vielen Ansprüche zu erfüllen,  
11 müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dabei müssen häufig  
12 Interessenskonflikte Berücksichtigung finden. Die Vermeidung von Verkehrslärm  
13 kann dem Mobilitätsbedürfnis entgegenstehen, ein ausgeprägtes Nachtleben  
14 kann das Ruhebedürfnis von Anwohnern stören. Wo viele Menschen sind, da  
15 kann auch die Sauberkeit in Mitleidenschaft gezogen werden, kann Kriminalität  
16 Thema sein. Steigende Mieten und Wohnungsknappheit sind nicht nur in  
17 Ballungsgebieten ein Problem. Neben der Entlastung des Wohnungsmarktes  
18 durch bauliche Maßnahmen und durch Senkung von Baukosten und  
19 Verdichtungsmaßnahmen kann auch die Attraktivität des Öffentlichen  
20 Nahverkehrs, die Parkplatzsituation und die gute Anbindung an das Umland  
21 entlastend auf die Innenstadt wirken und ihre Attraktivität erhöhen. Unsere  
22 Innenstädte müssen sauber, sicher, offen, interessant und ansprechend sein. Sie  
23 müssen für die Bürger eine hohe Aufenthaltsqualität bieten. Wir wollen mit  
24 unseren Konzepten dazu beitragen, dass man nicht noch mal schnell in die Stadt  
25 „muss“, sondern es gar nicht erwarten kann, dort Zeit zu verbringen, zu  
26 entspannen, sich zu treffen, Freunden die eigene Stadt zu zeigen.

#### 27 2.Wohnen in der Stadt - sparst du noch, oder wohnst du schon?

28 Wohnen darf kein Luxus sein. Wohnungsmangel und die damit einhergehenden  
29 steigenden Wohnkosten sind längst nicht mehr ein Thema, das besonders sozial  
30 Schwache umtreibt. Wohnungsnot und unbezahlbare Mieten sind längst in der  
31 Mitte der Gesellschaft angekommen.

32 • Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, Bauflächen in Bundes- und  
33 Landesbesitz zur Bebauung zur Verfügung zu stellen.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 40

- 34 • Große Zeit- und Kostensparpotenziale kann das modulare Bauen bieten. Die  
35 Immobilien bestehen dabei aus vorgefertigten Bestandteilen, die nach einer Art  
36 Baukastenprinzip zusammengesetzt werden können. Die Politik muss mittels  
37 standardisierter Baugenehmigungen die Weichen dafür stellen, dass neben der  
38 klassischen Einzelfertigung im Bereich des seriellen Bauens prototypisches  
39 Bauen mit industrieller Fertigung ermöglicht wird.
- 40 • Wie im Falle des Wohnungsbaus für die Anschlussunterbringung von  
41 Asylbewerbern muss es auch für andere Gruppen von Wohnungssuchenden  
42 (z.B. Studenten, Auszubildend oder überregional/international angeworbene  
43 Fachkräfte) einen schnellen und unbürokratischen Wohnungsbau geben.
- 44 • Durch Leichtbauweise können häufig günstig ein bis zwei Stockwerke auf  
45 bestehende Gebäude aufgestockt werden. Dies wird derzeit häufig durch  
46 bürokratische Hürden verhindert, die wir abbauen wollen. Auch Aufstockungen  
47 auf Supermärkten und die Überbauung von Parkplätzen dürfen nicht an  
48 bürokratischen Hürden scheitern. Dementsprechend müssen Bauverordnungen  
49 und folglich ebenso Bebauungspläne auch nachträglich noch abgeändert werden  
50 können. Umwidmungen bestehender Dachgeschosse zur Schaffung von  
51 Wohnraum müssen weitestgehend verfahrensfrei vorgenommen werden können.
- 52 • Um die Sogwirkung in die Städte zu lindern ist es für uns essentiell, das  
53 Wohnen auf dem Land attraktiver zu gestalten. Wir fordern daher eine  
54 Neufassung des Landesentwicklungsplans, die eine Belebung und Verdichtung  
55 von Ortskernen, einen Infrastrukturausbau (insbesondere in der  
56 Digitalinfrastruktur) und eine bessere Anbindung des Ländlichen Raums mit dem  
57 ÖPNV ins Auge fasst.
- 58 • Neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und  
59 Seniorenwohngemeinschaften gewinnen zusehends an Akzeptanz im  
60 Wohnungsmarkt und stellen einen wertvollen Beitrag zur Vielfalt in Stadtvierteln  
61 dar. Wir wollen den Kommunen bei der Einrichtung dieser Wohnformen unter die  
62 Arme greifen und die förderungswürdigen Ausgaben innerhalb des  
63 Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus auch auf investive Ausgaben  
64 erweitern.
- 65 • Eine Novelle der Landesbauordnung, die bevormundende Auflagen reduziert  
66 und sich strikt an den Mindestanforderungen der Musterbauordnung des Bundes  
67 orientiert ist überfällig und muss umgehend initiiert werden.
- 68 • Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen-Verordnung sind als fehlgeleitete  
69 Markteingriffe ersatzlos zu streichen. Insbesondere energetische Sanierungen  
70 stellen häufig auch für den Mieter einen Mehrwert dar und rechtfertigen daher  
71 maßvolle Mietzinserhöhungen. Im Sinne der Markttransparenz ist die  
72 flächendeckende Aufstellung von Mietspiegeln ein wichtiges Mittel, um Mietern  
73 einen besseren Eindruck über die Marktrealitäten zu geben.



# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 41

74 • Wir begrüßen die Sharing Economy als einen Weg, knappe Ressourcen  
75 möglichst effizient zu nutzen. Die private Untervermietung von Wohnraum muss  
76 auch weiterhin einfach möglich sein, Einschränkungen wie beispielsweise  
77 Zweckentfremdungsverbote lehnen wir ab.

### 78 **3.Stärkung des Einzelhandels**

79 Eine lebendige Innenstadt benötigt auch einen starken Einzelhandel. Der  
80 Strukturwandel ist da, und wir wollen ihn mit dem Einzelhandel gestalten. Dabei  
81 setzen wir nicht auf Verbote oder Einschränkung des Wettbewerbs, sondern auf  
82 Innovationen und Ideen. Dieselfahrverbote schwächen den Einzelhandel. Mehr  
83 Menschen bleiben zu Hause. Nach einer Umfrage (2019) des Handelsverbands  
84 (BW) bei etwa 150 Einzelhändlern im Südwesten gaben knapp 75 Prozent der  
85 Befragten an, negative Auswirkungen für ihr Geschäft zu registrieren. Immer  
86 mehr Läden schließen, die Nahversorgung besonders in kleineren Städten und  
87 Gemeinden ist in Gefahr, es gibt zunehmend Leerstände, oft bleiben nur noch  
88 die großen Ketten am Standort. Hohe Mieten für Ladenflächen in gut  
89 frequentierten Lagen tragen ihr Übriges dazu bei. Kleinere inhabergeführte  
90 Läden und Traditionsgeschäfte verschwinden. Dafür wird das Umfeld von  
91 Innenstädten weniger attraktiv, es gibt weniger Kunden, Geschäfte weichen auf  
92 Seitenstraßen aus. Der Online-Handel blüht, 2/3 der Deutschen bestellen  
93 regelmäßig Kleidung im Netz, fast 1/3 der Deutschen kaufen Unterhaltungsartikel  
94 (v. a. Bücher) online. Es gibt zu wenig Parkplätze, und die, die es gibt, sind oft  
95 zu teuer.

96 • Wir wollen mehr verkaufsoffene Sonntage ermöglichen.

97 • Wir wollen eine schrittweise Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten erreichen.  
98 Letztlich muss es dem Einzelhandel überlassen bleiben, wie lange und an  
99 welchen Tagen er geöffnet haben will. •Wir wollen durch eine optimale  
100 Erreichbarkeit - Parkplätze, ausgebauter ÖPNV, kurze Wege, Fahrradwege und  
101 günstige Tickets – die Attraktivität des Einkaufens in der Innenstadt deutlich  
102 erhöhen. Fahrverbote lehnen wir ab.

103 • Wir wollen mehr Kooperation zwischen Städten und dem Einzelhandel.

104 • Gerade in kleineren Städten gelten Feste, Festivals und andere kulturelle  
105 Events als Menschen-Magneten, die dann auch dem Einzelhandel zu Gute  
106 kommen. Hier wollen wir es leichter machen, Events zu organisieren und zu  
107 genehmigen. Die Gemeinden müssen die Ideen zu den Bürgern tragen.

108 • Wir streben einen Bürokratieabbau für Einzelhändler an. So wollen wir die  
109 Mindestlohndokumentationspflichten abbauen, Arbeitszeiten flexibilisieren und  
110 Unterstützung bei den Herausforderungen der Digitalisierung anbieten.

111 • Wir wollen attraktive Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze für Fachkräfte  
112 schaffen.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 42

113 • Wir wollen die Schaffung digitaler Einkaufsstädte. Dies kann den  
114 Ladenbesitzern helfen, sich auf geändertes Konsumentenverhalten erfolgreich  
115 einzustellen. Das kann ein digitaler Marktplatz sein, auf dem Kunden die Stadt  
116 schon vor dem Besuch erkunden können. Dazu gehört eine Vernetzung des  
117 Einzelhandels mit der Stadt, Investitionen in die Sensibilisierung und Qualifikation  
118 der Gewerbetreibenden vor Ort. Wissen, Motivation sowie technische und  
119 redaktionelle Fertigkeiten der Unternehmer sollen bei der Gestaltung des  
120 digitalen Wandels in den Innenstädten gefördert werden. Dazu braucht es  
121 Informations-, Unterstützungs- und Schulungsangebote von Seiten der  
122 Stadtverwaltung.

123 • Wir wollen Dorfladengenossenschaften unterstützen. Diese können dabei  
124 helfen, die Nahversorgung in strukturschwachen Ortschaften zu erhalten.

125 • Wir wollen weitere Fahrverbote verhindern und die bestehenden Fahrverbote  
126 wieder abschaffen, durch welche Einzelhändlern Kunden aus dem Umland  
127 verloren gehen.

### 128 **4.Sauberkeit und Stadtnatur**

129 Eine blühende, saubere, ansehnliche Innenstadt ist maßgeblich für das eigene  
130 Wohlbefinden, für die Zufriedenheit der Anwohner und für den Grad des  
131 Stolzes, den man mit seiner eigenen Heimat verbindet. Sauberkeit ist eine  
132 Aufgabe aller Bürger. Aber auch die Gemeinde selbst kann einiges dafür tun,  
133 dass man hier gerne und viel Zeit verbringt.

134 • Wir brauchen mehr und ansprechendere Mülleimer in der Stadt, regelmäßige  
135 Leerungen und gerade am Rande von Stadtfesten oder Weihnachtsmärkten  
136 mehr Personaleinsatz bei der Müllbeseitigung.

137 • Darüber hinaus wollen wir die Eigenverantwortung jedes Einzelnen bei der  
138 Sauberkeit der Innenstädte stärken und an diese erinnern. Ziel muss sein, dass  
139 jeder seine Innenstadt als sein eigenes Zuhause betrachtet und Müll aus  
140 eigenem Antrieb richtig entsorgt.

141 • Wir wollen durch das Aufstellen von einfachen, einfach zu nutzenden,  
142 kostengünstigen, öffentlichen Toiletten an Party-Schwerpunkten oder in der Nähe  
143 von viel frequentierten Lokalitäten das „Freipinkeln“ minimieren.

144 • Wir wollen städtische Grünflächen, auf welchen insekten- und tierfreundliche  
145 Blühpflanzen und Hölzer angepflanzt werden.

146 • Wir wollen eine Informationskampagne in den Städten anregen, um zu zeigen,  
147 wie sich die Bürgerinnen und Bürger für mehr Artenvielfalt in den Städten stark  
148 machen können.

149 • Wir setzen uns ein für Blühstreifen an den Straßenrändern.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 43

- 150 • ein integriertes Lichtkonzept zur Vermeidung unnötiger Lichtquellen zum Erhalt  
151 der Ökosysteme und der Gesundheit der Menschen.
- 152 • Wir wollen kleine städtische Biotope anregen, die in einen flächendeckenden  
153 Biotopverbund integriert werden können.
- 154 **5.Verkehrswende und Parkmöglichkeiten – nicht nur hinkommen, sondern**  
155 **auch rumkommen**
- 156 Mal kurz in die Stadt – da denkt man oft genug zweimal darüber nach.  
157 Parkplätze fehlen oder werden immer teurer, die vorhandenen sind oft eng oder  
158 unübersichtlich. Die Fahrt mit dem Fahrrad ist zu gefährlich oder es gibt keine  
159 Möglichkeit, das Rad sicher abzustellen. Tickets für Bus und Bahn sind teuer,  
160 unflexibel, eine Kombination zwischen ÖPNV und Fahrrad oder E-Roller ist nicht  
161 immer ohne weiteres möglich.
- 162 • Wir wollen Fahrradwege, die nicht an Leitplanken enden, sondern sicher durch  
163 die Stadt führen, ohne dabei mit dem Autoverkehr oder Fußgängern in Konflikt  
164 zu geraten.
- 165 • Wir wollen die Sicherstellung der Erreichbarkeit von Gewerbegebieten und  
166 Einkaufsstraßen auch mit dem Auto. Wir wollen kostenlose Parkmöglichkeiten.  
167 Auch die temporäre Freigabe von nicht-genutzten Plätzen wollen wir zur Regel  
168 machen.
- 169 • Wir wollen den Erhalt der vorhandenen öffentlichen Parkplätze und Parkhäuser  
170 und deren bedarfsgerechten Ausbau.
- 171 • Wir wollen in den Gemeinden prüfen, ob Tickets für Bus und Bahn – zum  
172 Beispiel mit günstigen Tagestickets – nicht praktischer auf die  
173 Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten werden können.
- 174 • Tickets für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sollen günstiger  
175 werden, bzw. kostenfrei angeboten werden. So entschärfen wir die  
176 Verkehrssituation in den Städten insgesamt und verhindern die gefährlichen  
177 „Elterntaxis“ vor unseren Schulen.
- 178 • Wenn es genug kostenfreie und kostengünstige Parkgelegenheiten gibt, dann  
179 wirken wir auch dem lästigen „in-der-zweiten-Reihe-parken“ oder parken auf  
180 Fahrrad- oder Fußgängerwegen entgegen.
- 181 • Wir brauchen einen barrierefreien Ausbau des schienengebundenen  
182 Nahverkehrs und einen darauf abgestimmten Busverkehr.
- 183 • Wir wollen insgesamt eine engere Taktung, Anschlussmobilität und  
184 Zuverlässigkeit/Pünktlichkeit im ÖPNV.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 44

185 • Wir wollen Mobilitätskonzepte wie ehrenamtliche Bürgerbusse, Carsharing oder  
186 Ridepooling, die sowohl im städtischen Bereich als auch in der breiten Fläche die  
187 Bereitstellung von öffentlichen Transportdienstleistungen erlauben.

188 • Wir lehnen Maßnahmen wie City-Maut oder Nahverkehrsabgaben entschieden  
189 ab.

### 190 **6. Sicherheit**

191 Kriminalität im öffentlichen Raum, Drogenhandel, Diebstähle und Bettler-Banden  
192 – ob in den Läden oder aus den Taschen der Menschen - gilt es zu bekämpfen.  
193 Erforderlich sind mehr Polizeibeamte für die Präsenz in der Öffentlichkeit und die  
194 Ermittlungsarbeit. Ziele, die nur mit mehr Personal und der Abkehr von falschen  
195 Organisationsentscheidungen wie der Aufrechterhaltung der zentralen  
196 Verkehrsunfallaufnahme auf dem Land umsetzbar sind.

197 • Wir brauchen auch eine bessere Ausstattung der Polizeikräfte vor Ort. Die  
198 Polizeireform in Baden-Württemberg bindet viel zu viel Kräfte, schafft neue  
199 Bürgerferne, längere Wege und hilft nicht, mehr Polizei auf die Straße zu  
200 bringen.

201 • Wir brauchen bessere Technik, die helfen kann, die Beamten von unnötiger  
202 Bürokratie zu befreien und mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit, die Bekämpfung  
203 und Prävention von Kriminalität, aufzubringen.

204 • Wir plädieren für kommunale Ordnungsdienste, die nicht die Polizei ersetzen,  
205 aber in der Lage sind, Ordnungsstörungen zu unterbinden und Präsenz zu  
206 zeigen. Sie erhöhen die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden für alle  
207 Menschen im öffentlichen Raum und entlasten die Polizei.

208 • Wir wollen eine Geschwindigkeitsüberwachung die der Sicherheit dient und  
209 nicht der Sanierung kommunaler Finanzen, wir lehnen sogenannte  
210 „Blitzermarathons“ als unverhältnismäßig und nicht zielführend ab. Das gilt  
211 genauso für rein strategisch aufgestellte Blitzeranlagen. Stattdessen setzen wir  
212 auf mehr Aufklärungsaktionen und Prävention, vor allem an Brennpunkten.

213 • Wir plädieren für zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um  
214 Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein zu stärken. Einrichtungen, die Frauen  
215 Schutz bieten, müssen dauerhaft gesichert finanziert werden. Wir wollen mit  
216 besseren Strukturen und einer gezielten Förderung besser gegen „häusliche  
217 Gewalt“ und Menschenhandel vorgehen.

218 • Wir wollen einen „Runden Tisch Inklusion“ bei dem zum Beispiel Probleme mit  
219 Barrieren im täglichen Leben mit betroffenen Bürgerinnen und Bürger (Senioren,  
220 Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit Kinder(wagen)) besprochen  
221 werden können.

# 119. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

## Seite 45

222 • Wir fordern die Aufnahme einer Regelung in das Landespolizeigesetz, die  
223 Videoaufnahmen in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen präzisen  
224 Regeln unterwirft und damit praktikabel macht. Eine Ausweitung der anlasslosen  
225 Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir aus Datenschutzgründen  
226 ab.

227 • Polizeirechtliche Alkoholverbote sind kein geeignetes Mittel zur  
228 Gefahrenabwehr. Die Regelung der Sperrzeiten für Gaststätten obliegt den  
229 zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern.

### 230 **7.Wohlfühlen, ausspannen, arbeiten und Spaß haben**

231 Die Innenstadt soll nicht nur Einkaufsstraße sein. Die Innenstadt muss ein Ort  
232 der Begegnung sein, sie muss über attraktive Einkaufsmöglichkeiten hinaus  
233 einen Mehrwert für die Menschen darstellen. Kulturangebote, Stadtfeste, Parks  
234 und Gastronomie müssen die Menschen zum Dableiben bewegen. So helfen wir  
235 dem Einzelhandel und geben den Menschen Raum, sich zu entfalten, sich zu  
236 bewegen, sich wohlfühlen und in Kontakt miteinander zu treten. Innenstädte  
237 müssen Orte sein, in denen man sich gerne aufhält.

238 • Wir wollen die flächendeckende Verfügbarkeit von öffentlichem W-LAN als  
239 wesentliche Infrastrukturkomponente, die einen entscheidenden Beitrag zu  
240 Mobilität und Lebensqualität in einer lebenswerten Stadt leistet.

241 • Wir wollen mehr Sitzmöglichkeiten, weniger bürokratische Hürden und Regeln  
242 bei der Ausgestaltung des eigenen Innenhofs, des Außenbereichs von Cafés,  
243 Bars und Restaurants.

244 • Wir wollen mehr Grünflächen, mehr Spielplätze und mehr Rückzugsräume für  
245 junge Menschen in unseren Innenstädten – dabei sollen auch  
246 Jugendvertretungen mehr mitentscheiden können.

247 • Wir wollen mehr Freiraum für Kreativität und Street-Art, weniger restriktive  
248 Handhabung bei Grillplätzen und Feiern.

249 • Wir wollen dort, wo es die Anwohnersituation zulässt, weniger restriktive  
250 Sperrstundenregelungen und eine Belebung des Nachtlebens, eine Stärkung der  
251 Gastronomie und gerade für Hochschulstandorte eine studierendenfreundlichere,  
252 offenere und belebtere Innenstadt.

## **Begründung:**

erfolgt mündlich